



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

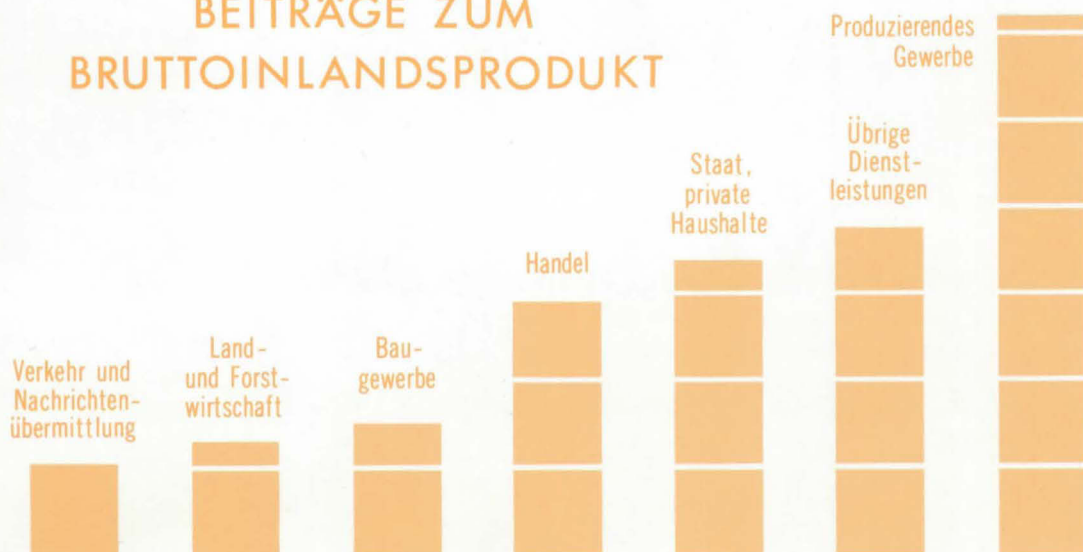
29. Jahrgang · Heft 5

Mai 1977

- Grafik des Monats: Einkommen, Löhne, Ausgaben
und Verbraucherpreise 1970 – 1975
- Aufsätze: Die neue Beschäftigtenstatistik (Teil 1)
Hochschulwechsel
Viehhaltung
- Kurzberichte: Erzeugerpreise für Agrarerzeugnisse
„Lange Reihen“ (Vorabdruck)
- Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

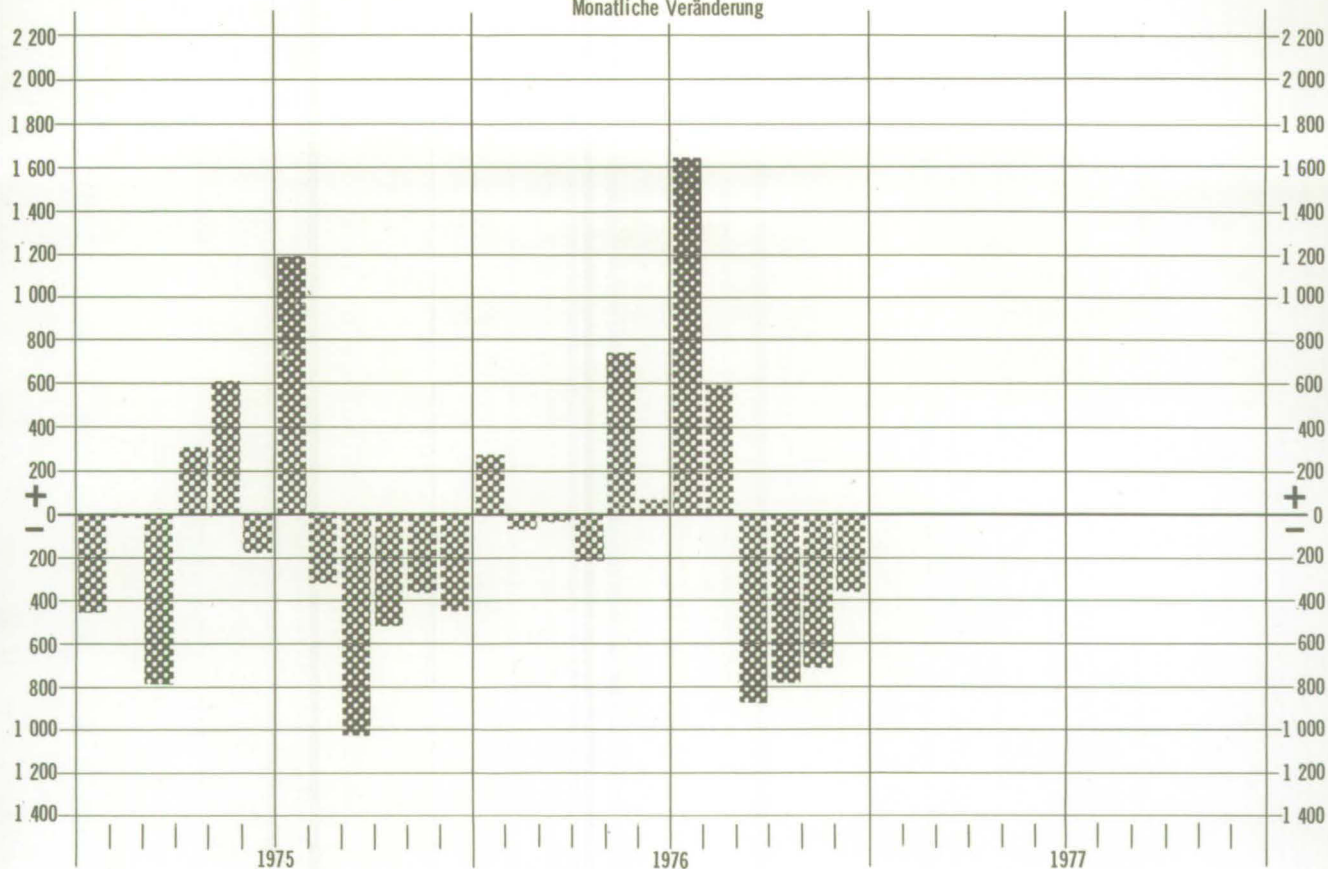


Herausgegeben vom

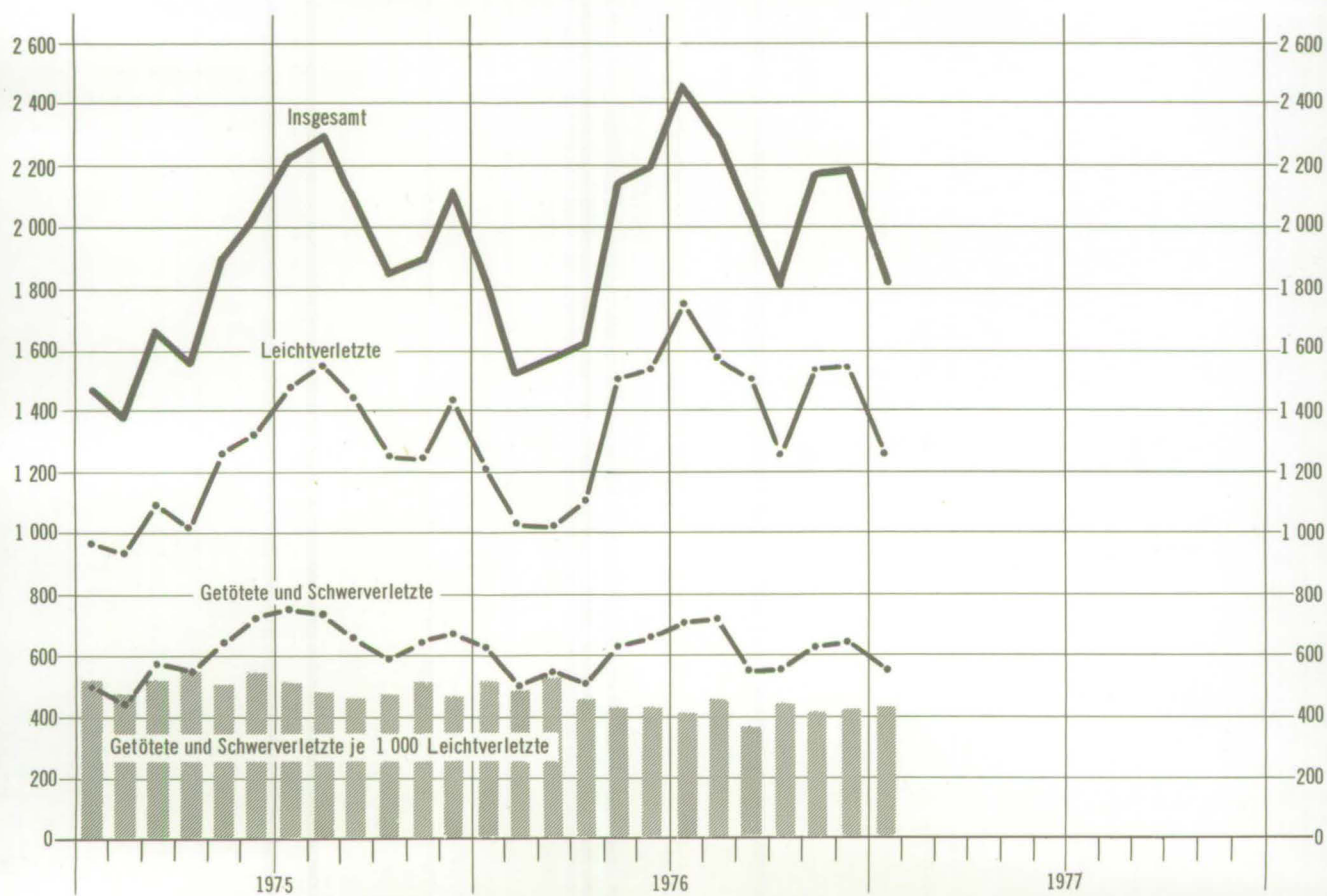
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

29. Jahrgang

Heft 5

Mai 1977

Aktuelle Auslese



Beschäftigtenrückgang hielt an

In der verarbeitenden Industrie wurden nach dem vorläufigen Ergebnis im Mittel des Jahres 1976 wiederum weniger, nämlich 1 502 Betriebe (mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten) gezählt (1975: 1 549). Im selben Verhältnis ging die Beschäftigtenzahl zurück (– 3,2 %), die 1976 im Jahresdurchschnitt 171 300 Personen betrug. Die Zahl der Arbeiterstunden fiel um 1,7 %, also schwächer, auf 228 Mill. Stunden. Die Summe der 1976 gezahlten Löhne und Gehälter ist um 4,5 % auf 4,35 Mrd. DM, der Umsatz fast doppelt so stark, um 8,4 %, auf 22,3 Mrd. DM gestiegen. Der Anteil des Auslandsumsatzes fiel um 2 Punkte auf 19 % zurück, was dennoch für Schleswig-Holstein, langfristig gesehen, einen hohen Wert bedeutet.



Leichte Belebung im Bauhauptgewerbe

Im März ist die Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins um 1 % auf etwa 51 000 gestiegen. Arbeitstäglich ergibt sich eine Steigerung der im März geleisteten Stunden gegenüber dem Februar von 29 %. Im März sind für 211 Mill. DM Aufträge eingegangen. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Februar um über die Hälfte, wobei öffentliche Aufträge in fast doppelter Höhe wie im Vormonat eingingen. Gegenüber dem März 1976 ist der Auftragseingang allerdings noch um 1,5 % geringer.



Wohnungsbestand um 15 000 gewachsen

Am 31. 12. 1976 gab es in Schleswig-Holstein 503 129 Wohngebäude. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 8 715 Gebäude oder 1,8 %. In den Jahren vorher lagen die Zuwachsraten bei 1,7 % (1975), 2,0 % (1974) und 2,5 % (1973). Die Zunahme war 1976 in den Kreisen

mit 2 % doppelt so hoch wie in den kreisfreien Städten (+ 1 %). Die Gesamtzahl der Wohnungen (in Wohn- und Nichtwohngebäuden) vermehrte sich im Vorjahr um fast 15 000 Wohnungen (+ 1,5 %) auf 1 039 868 Einheiten. Die durchschnittliche Wohnungsbelegung betrug 1976 demnach 2,5 Personen. Auf 1 000 Einwohner entfallen jetzt in Schleswig-Holstein 403 Wohnungen (1975: 397 Wohnungen).



Sauenhaltung weiter ausgedehnt

Nach dem endgültigen Ergebnis der repräsentativen Schweinezwischenzählung vom 1. April wurde mit 1,73 Mill. Schweinen das Vorjahresergebnis um 1,5 % überschritten. Der Saunenbestand Schleswig-Holsteins nahm sogar um 5,8 % zu, wobei die noch nicht trächtigen Jungsaunen mit + 20,8 % die größte Steigerungsrate verzeichneten. Dagegen wurden 3,4 % weniger Ferkel gezählt als vor Jahresfrist, was auf einen Rückgang sowohl der Belegungen als auch des übergebiethlichen Ferkelzukaufs zurückzuführen sein dürfte. Die gedrückten Schweinepreise scheinen sich bereits auszuwirken.



Umschichtung in der Kriegsofopferfürsorge

Seit Jahren erstmalig sind die Bruttoausgaben in der Kriegsofopferfürsorge von einem auf das nächste Jahr nicht gestiegen. Die 37,4 Mill. DM Gesamtausgaben 1976 verteilen sich allerdings anders auf die Hilfearten als der ebenso hohe Betrag 1975. Ein enormes Anwachsen (+ 3,1 Mill. DM) der Aufwendungen für Pflege und Heimunterbringung – infolge steigenden Alters der Beschädigten und deren Witwen – wird kompensiert durch Einsparungen bei den Erziehungsbeihilfen (– 1,5 Mill. DM) – die Waisen wachsen aus diesem Alter heraus – und bei der Erholungsfürsorge (– 1,7 Mill. DM); dort wurden die Anspruchsberechtigungen verschärft und die Leistungen vermindert.

Die neue Beschäftigtenstatistik

Teil 1: Konzept

Nach Einführung des Mikrozensus im Jahre 1957 und Überwindung seiner Anlaufschwierigkeiten ist zu Beginn der 60er Jahre die damalige vierteljährliche Arbeitsmarktstatistik, die Ergebnisse in tiefer regionaler und fachlicher Gliederung lieferte, wegen erheblicher Mängel eingestellt worden. Insbesondere für die kurzfristige Beobachtung des Arbeitsmarktes fehlte seither ein in kürzeren Zeitabständen anfallendes, aktuelles Datenmaterial in tiefer regionaler und ausreichender fachlicher Gliederung. Diese Lücke schließt die neue Beschäftigten- und Entgeltstatistik, kurz: Beschäftigtenstatistik, die darüber hinaus jährlich noch fachlich tief gegliederte Daten für Strukturuntersuchungen und umfassende Analysen des Arbeitsmarktes bereitstellt.

Grundlagen und Verfahren der Beschäftigtenstatistik

Die der Beschäftigtenstatistik zugrunde liegenden Daten werden aus den Meldungen der Arbeitgeber an die Träger der Sozialversicherungen gewonnen. Eine eigene Erhebung findet nicht statt, es handelt sich also um eine Sekundärstatistik. Im Gegensatz zu den meisten anderen amtlichen Statistiken besteht die Rechtsgrundlage auch nicht aus einem eigens geschaffenen Statistikgesetz, sondern sie ergibt sich im wesentlichen aus den Rechtsvorschriften, die die Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger regeln, aus dem Arbeitsförderungsgesetz¹ (§ 6) und dem Statistischen Gesetz (§ 9)². Der gesetzliche Auftrag zur Durchführung dieser Statistik ergibt sich aus § 6 AFG. Danach wird die Bundesanstalt für Arbeit beauftragt, "Umfang und Art der Beschäftigung sowie Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, der Berufe und der beruflichen Bildungsmöglichkeiten im allgemeinen und in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Wirtschaftsgebieten auch nach der sozialen Struktur zu beobachten, zu untersuchen und für die Durchführung der Aufgaben der Bundesanstalt auszuwerten (Arbeitsmarkt und Berufsforschung)".

Anlaß, Art, Form und Inhalt der Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherungen und die Bundesanstalt für Arbeit sind in der

Datenerfassungs-Verordnung (DEVO)³ und in der Datenübermittlungs-Verordnung (DÜVO)⁴ bestimmt. In Bezug auf Anlaß und Inhalt der Meldungen sind beide Verordnungen gleich. Nach Art und Form wird unterschieden zwischen Meldungen, die auf konventionellem Wege erfolgen (Lesebeleg), und solchen, die auf maschinell verwertbaren Datenträgern (Magnetband, Lochkarte) weitergegeben werden. Mit diesen Meldungen befaßt sich die DÜVO.

Personenkreis

In der DEVO (§ 2) ist der zu meldende Personenkreis genannt. Das sind "Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind", also alle sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten.

Nach dem in der amtlichen Statistik viel verwendeten Gliederungsschema "Stellung im Beruf" werden danach nur abhängig Erwerbstätige erfaßt, und von diesen nur ein Teil:

Erwerbstätige		
Nicht Abhängige	Selbständige	
	Mithelfende Familienangehörige	
Abhängige	Beamte und Richter	In der Beschäftigten- statistik enthalten
	Angestellte einschließlich in kaufmännischen und technischen Berufen	
	Auszubildende	
	Arbeiter einschließlich in gewerblichen Berufen	
	Auszubildende	

Wenn es sich auch bei diesen Erwerbstätigen um die arbeitsmarktpolitisch relevanten Gruppen handelt, so mindert doch das Fehlen der Beamten, Selbständigen und Mithelfenden den Aussagewert der Beschäftigtenstatistik.

1) Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25. 6. 1969, zuletzt geändert durch das 19. Renten Anpassungsgesetz vom 3. 6. 1976

2) Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. 9. 1953, zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EStGB) vom 2. 3. 1974

3) Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und die Bundesanstalt für Arbeit (Datenerfassungs-Verordnung-DEVO) vom 24. 11. 1972

4) Verordnung über die Datenübermittlung auf maschinell verwertbaren Datenträgern im Bereich der Sozialversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit (Datenübermittlungs-Verordnungs-DÜVO) vom 18. 12. 1972

Dagegen fällt die Ausklammerung der nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten wegen ihrer geringen Anzahl nicht ins Gewicht. Bei diesen Arbeitnehmern handelt es sich entweder um geringfügig Beschäftigte oder um besser verdienende, aufgrund früherer Bestimmungen von der Rentenversicherungspflicht befreite Angestellte, die das 63. Lebensjahr vollendet haben. Nach § 169, Abs. 2 AFG sind nämlich Arbeitnehmer, die das 63. Lebensjahr vollendet haben, von der Beitragspflicht nach dem AFG (Arbeitslosenversicherung) befreit.

Verschiedene Bestimmungen regeln, wer als geringfügig Beschäftigter zu gelten hat und daher von der Beitragspflicht zur Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung befreit ist (vgl. insbesondere § 102, 168 und 169 AFG, § 4 Angestelltenversicherungsgesetz⁵, § 165, 1227 und 1228 RVO⁶). Das sind im wesentlichen Arbeitnehmer, die

- sonst keine Erwerbstätigkeit ausüben und ein bis zu 3 Monaten befristetes Beschäftigungsverhältnis eingegangen sind (z. B. Studenten, vorübergehend berufstätige Hausfrauen) oder
- weniger als ein Achtel der Bemessungsgrenzen der Rentenversicherung, gegenwärtig also 425 DM im Monat, verdienen⁷ und weniger als 20 Wochenstunden arbeiten.

Leider fehlen noch Daten, die eine hinreichend genaue Schätzung der Zahl nicht sozialversicherungspflichtiger Arbeiter und Angestellten ermöglichen. Nach bisherigen, allerdings groben Schätzungen sind das in Schleswig-Holstein rund 15 000 Personen, darunter etwa 10% Männer.

Das Meldeverfahren

Die Abgabe der Meldungen zur Sozialversicherung obliegt grundsätzlich den Arbeitgebern⁸. Nach § 2, Abs. 1 der DEVO sind die Arbeitnehmer jedoch verpflichtet, dem Arbeitgeber

5) Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherungsneuregelungsgesetz, AnVNG) vom 23. 2. 1957, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Entwicklungshilfegesetzes vom 29. 6. 1976

6) Reichsversicherungsordnung

7) oder deren Arbeitsverdienst weniger als ein Fünftel ihres Gesamteinkommens beträgt

8) Die Träger der gesetzlichen Krankenversicherungen sind jedoch gemäß § 12, Abs. 2 der DEVO gehalten, die Arbeitgeber beim Ausfüllen der Vordrucke zu unterstützen und sogar für Arbeitgeber mit weniger als 7 Beschäftigten auf Verlangen in deren Bereich anfallende Vordrucke ganz auszufüllen, es sei denn, diese Arbeitgeber wären offensichtlich dazu selbst in der Lage

die für das Ausfüllen der Vordrucke erforderlichen Angaben zu machen.

Meldepflichtige Tatbestände sind im wesentlichen:

1. Beginn und Ende jeder Beschäftigung⁹, die eine Kranken- oder Rentenversicherungspflicht oder Beitragspflicht nach dem AFG begründet oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.
2. Die am 31. Dezember jedes Jahres bestehenden Beschäftigungsverhältnisse (Jahresmeldung).
3. Jede Veränderung im Beschäftigungs- oder Versicherungsverhältnis, die für die Versicherungs- oder Beitragspflicht von Bedeutung ist. Das sind Umstände, die entweder eine Änderung der Beitragsgruppen bewirken (z. B. Wechsel von der Arbeiterrentenversicherung zur Angestelltenversicherung, Vollendung des 63. Lebensjahres, bei Angestellten Über- oder Unterschreiten der Jahresverdienstgrenze in der Krankenversicherung) oder die eine Änderung der Krankenkassenzuständigkeit zur Folge haben (z. B. infolge Änderung des Beschäftigungsortes, Übertritt zu einer Ersatzkasse).
4. Jede Unterbrechung der Beschäftigung und der Zahlung von Arbeitsentgelt für mindestens einen Kalendermonat, von der die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung nicht berührt wird (z. B. infolge von Arbeitsunfähigkeit, nach Beendigung der Lohnfortzahlung, des Bezugs von Mutterschaftsgeld und Schlechtwettergeld sowie bei Wehrdienstzeiten).

Diese Meldungen werden chronologisch registriert und bilden damit eine Voraussetzung für aktuelle, zu beliebigen Zeitpunkten mögliche Auszählungen der Beschäftigten und ihrer Merkmale sowie für eine Darstellung sämtlicher Änderungen im Berufsleben eines Beschäftigten (Verlaufsstatistiken). Zugleich bestimmen die Meldetatbestände zusammen mit den auf den Belegen maschinell lesbaren Merkmalen den Rahmen der statistischen Auswertbarkeit.

Sofern die Meldungen nicht in Form eines Datenträgeraustausches nach der DÜVO - also auf Magnetband, Lochkarte oder dgl. - erstattet werden, müssen die vorgeschriebenen DEVO-Belege verwendet werden. Das sind die den Arbeitnehmern weithin bekannten Formulare aus dem Heft der Versicherungs-

9) "Beschäftigte" und "Beschäftigung" werden im folgenden gemäß diesen Kriterien gebraucht

von Bedeutung sind, sowie Änderungen der Zuständigkeit von Krankenversicherungen sind über eine Versicherungskarte (Abmeldung) und eine Anmeldung weiterzuleiten. Bei Unterbrechungen der Beschäftigung wird dagegen nur eine Versicherungskarte ausgefüllt.

1. Der Beginn jeder Beschäftigung wird auf einer Anmeldung, das Ende auf einer Versicherungskarte mitgeteilt.
2. Die Jahresmeldung wird ebenfalls auf einer Versicherungskarte erstattet.
3. Bei den unter den Punkten 3. und 4. genannten Meldetatbeständen spricht die DEVO von Meldungen aus sonstigem Anlaß. Veränderungen im Beschäftigungs- oder Versicherungsverhältnis, die für die Beitrags- oder Versicherungspflicht

Um einen möglichst hohen Aktualitätsgrad der Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik zu erreichen, sind kurze Meldefristen notwendig. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Bestimmungen nach der DEVO. Für Meldungen nach der DÜVO gelten im allgemeinen längere Fristen und zum Teil auch ein kürzerer Meldeweg (Arbeitgeber - Rentenversicherung). Vom Arbeitgeber sollen die sorgfältig ausgefüllten Belege an die zustän-

Anmeldung für Krankenkasse und Arbeitsamt					bei Krankenkasse einreichen	
EBELING KLAUS					14 04 21	
Versicherungsnr. G12140421E115	Stammnummer 01	Verheiratet? <input type="checkbox"/>	Zahl d. Kinder & Stiefk. <input type="checkbox"/>	Betriebsnummer <input type="checkbox"/>		
Datum der Beschäftigung Tat. Monat J.	Angaben zur Tätigkeit F. S.	Berufsgruppe <input type="checkbox"/>	Beruflicher Fortbildungszustand <input type="checkbox"/>	Mehrfachbeschäftigt <input type="checkbox"/>	Grund d. Abgabe <input type="checkbox"/>	
Nameänderung eintragen und gleichzeitig Anmeldung für neue Versicherung nachweisen einreichen				Grund der Abgabe		
				Beginn der Beschäftigung Anmerkung im Versicherungsverhältnis (Berufsgruppen- Kategorienwechsel, sonstige Gründe)		
Anschrift eintragen						
Name der Krankenkasse (Geschäftsstelle)		Name und Anschrift des Arbeitgebers (Firmenstempel)			Konto-Nr. bei der Krankenkasse (Gleich nicht mit der Betriebsnummer identisch)	
AOK	LKK	BKK	BK	EX		
Eingangsstempel der Krankenkasse						

Entgeltabrechnung für Rentenversicherung der Arbeiter Abmeldung für Krankenkasse und Arbeitsamt					<small>bei Krankenkasse einreichen</small> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> EBELING KLAUS 14 04 21 </div>				
Vers.-Nr.	Versicherungsnr.	Bemerkung gegen Entgelt von Tag	in Tag	Monat	in Monat	in Jahr	Betragspflichtiges Bruttoentgelt in DM ohne Prämie	Beitragsnummer	
612140421E115		<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> </div>					<div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>		
Betragspflichtiges Bruttoentgelt in DM in Worten		Zehner		Ein		Anzahl der Tage		Grund der Abmeldung	Anmerkung
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> </div>		<div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>		<div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>		<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> </div>		<div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>	<div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>
von Nr. 1	von Nr. 2	von Nr. 3	Namensänderung eintragen und vorherige Anrechnung für neue Versicherungsnummer eintragen			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> </div>			
<div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>	<div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>	<div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>	<div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> <div style="width: 100px; height: 20px; background-color: #ccc;"></div> </div>			
Anschreibenänderung eintragen <div style="width: 100%; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>									
<div style="width: 100%; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>									
Name der Krankenkasse (Durchfallstrich)			Name und Anschrift des Arbeitgebers (Firmenstempel)			Karte-Nr. bei der Krankenkasse <small>(Gefen nicht mit der Beitragsnummer identisch)</small>			
ADK	LKK	BRK	BK	EK					
Eingangsstempel der Krankenkasse <div style="width: 100%; height: 20px; background-color: #ccc;"></div>									

V E R S I C H E R U N G S K A R T E

der Rentenversicherung der Arbeiter

Dieses Feld bitte nicht beschreiben und nicht bestempeln

digen Träger der Krankenversicherung gereicht werden. Für Anmeldungen gilt eine Frist von zwei Wochen, für Abmeldungen (Versicherungskarte) eine Frist von sechs Wochen. Jahresmeldungen (Versicherungskarte) sind für jeden am Jahresende beschäftigten Arbeitnehmer spätestens bis zum 31. März des folgenden Jahres abzugeben. Bei den Meldungen aus sonstigem Anlaß gelten für die Tatbestände, die mit Hilfe von Anmeldung und Versicherungskarte weitergegeben werden, die Fristen von zwei und sechs Wochen, während (nur auf einer Versicherungskarte) die Unterbrechung der Beschäftigung innerhalb von 14 Tagen zu melden ist.

Die die Meldungen empfangenden Träger der Krankenversicherung haben die drei Aufgaben

- die Angaben auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen
- dafür zu sorgen, daß die Belege von den Arbeitgebern rechtzeitig eingehen
- selbst die im Gesetz genannten Weitergabefristen gegenüber der Datenstelle der Träger der Rentenversicherungen einzuhalten. Diese Fristen betragen 14 Tage für Jahresmeldungen und 10 Tage für alle übrigen Meldungen.

Die Datenstelle hat die bei ihr "eingehenden Meldungen unverzüglich auf maschinell verwertbare Datenträger so aufzunehmen, daß sie von den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherungen und von der Bundesanstalt für Arbeit maschinell übernommen werden können, und sie, soweit sie benötigt werden, an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherungen und an die Bundesanstalt für Arbeit weiterzuleiten. Dabei haben sie die Daten entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik zu sichern und vor unberechtigtem Zugriff zu schützen" (§ 14, Abs. 1 der DEVO). Für diese genannten maschinellen Arbeiten benötigt die Datenstelle etwa ein bis zwei Wochen¹⁰.

Nach Eingang bei der Bundesanstalt für Arbeit und Übernahme in die dort geführte Versichertendatei können die Daten statistisch ausgewertet werden. Bei Einführung der Beschäftigtenstatistik hoffte man, über die sogenannten Vierteljahresergebnisse - das sind Auszahlungen nach wenigen wichtigen Merkmalen des Bestandes am Ende jedes Quartals - etwa 12 Wochen nach dem jeweiligen Stichtag verfügen zu können. Bei Jahresmeldungen rechnete man mit Ergebnissen nach etwa fünf Monaten. Die bisherigen Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß derartige Zeiträume

noch nicht realisierbar sind. Auch wenn alle Anlaufschwierigkeiten der Beschäftigtenstatistik behoben sein werden, dürften die genannten Melde- und Bearbeitungszeiten zu knapp angesetzt sein; die ursprünglich geplanten Zeitspannen bis zur Ergebniserstellung werden sich kaum halten lassen. Eine frühzeitigere Auszahlung wäre allerdings dann möglich, wenn man zugunsten höherer Aktualität bereit wäre, Unschärfen in Kauf zu nehmen. In diesem Fall würde man den Eingang der z. B. letzten 15% der Meldungen gar nicht mehr abwarten, sondern das Ergebnis durch Schätzungen komplettieren.

Erfassungs- und Auswertungsmerkmale

Die Angaben auf den in den Mustern schraffierten Feldern lassen sich maschinell lesen und damit statistisch unmittelbar auswerten. Die Übersicht zeigt, welche dieser Merkmale die Bundesanstalt für Arbeit vierteljährlich oder jährlich an das Statistische Bundesamt weiterleitet.

Merkmal	Datenquelle		Lieferung an das Statistische Bundesamt	
	Anmeldung	Versicherungskarte	vierteljährlich	jährlich
Versicherungsträger	x	x	x	x
Alter } aus Versicherungsnummer	x	x	x	x
Geschlecht }				
Angaben zur Tätigkeit	x	x	x	x
Region } aus Betriebsnummer	x	x	x	x
Branche }				
Grund der Meldung	x	x		x
Staatsangehörigkeit	x		x	x
Verheiratet	x			
Kinderzahl	x			
Beschäftigungsbeginn	x			
Beschäftigungszeitraum (Dauer)		x		x
Beitragspflichtiges Bruttoentgelt		x		x
Rentner	x			
Mehrfachbeschäftigter	x			
Beitragsgruppe	x			x
Anschriftenänderung		x		

Zu einigen dieser Merkmale sind weitere Hinweise erforderlich:

- Entgegen anderen Darstellungen¹¹ gibt das Merkmal Versicherungsträger nicht die bei der Erstaufnahme zuständige Renten-

10) Vgl. auch im folgenden W. Schwabe, Grundlagen und Verfahren der neuen Statistik, in Arbeits- und Sozialstatistik, Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Heft 4, 1976, S. 105

11) z. B. W. Schwabe, a.a.O. S. 106

versicherung an - diese Kennzeichnung erfolgt in den ersten beiden Stellen der Versicherungsnummer -, sondern die Rentenversicherung, zu der der Versicherte zuletzt gehörte.

Bei den Angaben zur Tätigkeit handelt es sich um einen aus drei Merkmalen bestehenden Komplex. Im Feld A (vgl. Muster) sind drei Stellen für die Signierung der ausgeübten Tätigkeit (gegenwärtiger Beruf) vorgesehen. Damit ist wie bei den Volks- und Berufszählungen eine Gliederung der Erwerbstätigen nach mehr als 300 Berufsordnungen möglich, die sich dann zu Berufsgruppen, Abschnitten und schließlich Bereichen zusammenfassen lassen.

Das Feld B besteht aus zwei Stellen, deren erste die gegenwärtige Stellung im Beruf angibt, während die zweite Stelle für die Kennzeichnung der Ausbildung vorgesehen ist. Hier bestehen folgende Unterscheidungsmöglichkeiten:

Stellung im Beruf

- Auszubildender u. ä.*
- Arbeiter, jedoch kein Facharbeiter*
- Facharbeiter*
- Meister, Polier*
(gleichgültig ob Arbeiter oder Angestellter)
- Angestellter (ohne angestellte Meister)*
- Heimarbeiter u. ä.*
- Teilzeitbeschäftigter*
 - a) bis 20 Std.
 - b) über 20 Std. pro Woche

Ausbildung

- Volksschule, mittlere Reife u. dgl.*
 - a) ohne
 - b) mit abgeschlossener Berufsausbildung
- Abitur u. dgl.*
 - a) ohne
 - b) mit abgeschlossener Berufsausbildung
- Abschluß einer Fachhochschule o. dgl.*
- Hochschulabschluß o. dgl.*

Die miteinander kombinierbaren Ausprägungen dieser 3 Merkmale des Komplexes "Angaben zur Tätigkeit" lassen damit Auswertungsmöglichkeiten in einer sogar bei Volks- und Berufszählungen unbekannten Tiefe zu.

- Die Ergänzung der Datensätze der Beschäftigten um die betriebsspezifischen Merkmale Beschäftigungsart und Wirt-

schaftszweig erfolgt mit Hilfe der Betriebsnummer, die Versichertendatei und Betriebsdatei miteinander verbindet. Über die Speicherung und Weiterverarbeitung der bei der Bundesanstalt für Arbeit eingehenden Daten wird weiter unten noch berichtet.

- Aus welchen Anlässen Meldungen abgegeben werden, wurde bereits gesagt. Im Feld "Grund der Abgabe" (siehe Muster) sind die in Frage kommenden Schlüsselzahlen aufgeführt und erläutert.
- Damit mögliche Fehler bei der Erstaufnahme der Daten gar nicht erst die Ergebnisse der wichtigen Statistik der ausländischen Beschäftigten beeinträchtigen können, hat man bisher darauf verzichtet, diese Angaben aus der Anmeldung zu entnehmen. Statt dessen wird die Staatsangehörigkeit aus Unterlagen der Rentenversicherungsträger bereits vorweg auf den Versicherungskonten gespeichert.
- Aus den Angaben über Beginn und Dauer der Beschäftigung können für jeden Versicherten die Beschäftigungszeit oder - bei Arbeitsplatzwechsel - die Beschäftigungszeiten auf jedem Arbeitsplatz und für jeden Beschäftigungsfall (bei Mehrfachbeschäftigten) festgestellt werden.
- Obwohl das Bruttoarbeitsentgelt in der Versicherungskarte nur bis zur Höhe der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherungen anzugeben ist, in manchen Fällen also niedriger als in tatsächlicher Höhe ausgewiesen wird, dürfte eine Auswertung dieses Merkmals besonders in Kombination mit beruflichen und regionalen Merkmalen doch eine erhebliche Aussagefähigkeit haben.

Die bei der Bundesanstalt für Arbeit geführten Versicherungskonten - für jeden versicherungspflichtig Beschäftigten werden alle Meldungen unter seiner Versicherungsnummer nach dem Datum der Wirksamkeit gespeichert - bilden die Versichertendatei, die die Grundlage aller Auszählungen ist. Aus dieser Datei kommen alle Informationen zu den in der Übersicht genannten Merkmalen.

Neben dieser Versichertendatei werden noch eine Betriebsdatei und eine Ortsdatei geführt. Die Betriebsdatei enthält im wesentlichen Betriebsnummer, Anschrift des Betriebes, Wirtschaftsklasse und eine sogenannte Alpha-Nummer, aus der unter anderem der Ort des Betriebes hervorgeht. Als Bindeglied zwischen Versichertendatei und Betriebsdatei fungiert die Betriebsnummer. Aus der Betriebsdatei werden die individuellen Datensätze der

Beschäftigten um die Merkmale Beschäftigungsort¹² und Wirtschaftsklasse ergänzt.

Die Alpha-Nummer wiederum leitet zur Ortsdatei über, in der postalische Ortsbezeichnung, Alpha-Nummer, Dienststellennummer des Arbeitsamtes, Gemeindekennziffer und Nummer der Landesversicherungsanstalt gespeichert sind. Die Alpha-Nummer ist eine von der Bundespost übernommene Kennziffer, in der die verbalen Bezeichnungen der Postorte umgeschlüsselt sind. Da ein Postort niemals größer als eine Gemeinde ist und die Grenzen der Postorte niemals Gemeindegrenzen schneiden, lassen sich die Postorte immer den in der Ortsdatei gleichen oder größeren räumlichen Einheiten zuordnen (Prinzip der Referenzdatei).

In diesem Zusammenhang ist auf die in der Beschäftigtenstatistik verwendete Definition des Betriebes hinzuweisen. Danach ist ein Betrieb eine innerhalb einer Gemeinde bestehende wirtschaftsfachliche und organisatorische Einheit, die Meldungen zur Sozialversicherung abzugeben hat. Mehrere Filialen eines Unternehmens in einer Gemeinde können zu einem Betrieb zusammengefaßt werden, wenn sie zu demselben Wirtschaftszweig gehören und die Meldungen von einer Stelle abgegeben werden.

Auswertbarkeit der Beschäftigtenstatistik

Gegenwärtig beschränkt sich die Auswertung der Beschäftigtenstatistik auf vierteljährliche Auszählungen des Beschäftigtenbestandes, die, nach wenigen fachlichen Merkmalen gegliedert, bis zu Gemeinden vorgenommen werden.

Grundsätzlich ist es aber möglich, zu beliebigen Stichtagen die ständig aktualisierte Versichertendatei nach den verfügbaren Merkmalen auszuzählen. Durch Aneinanderreihen mehrerer Stichtagsergebnisse können dann für einen Zeitraum durchschnittliche Beschäftigtenzahlen errechnet werden, die als Bezugswerte für andere Größen, z. B. Umsatz, verwendet werden können.

Auf die außerordentlich vielfältigen Beobachtungsmöglichkeiten des beruflichen Gefüges ist bereits hingewiesen worden. Hierdurch dürfte sich bald eine beträchtliche Informationslücke schließen.

Neben diesen Bestandsdaten lassen sich auch Zeitraumdaten errechnen. Derartige Auswer-

tungen sind insbesondere für die Merkmale Entgelt und Beschäftigungszeit vorgesehen, und dann nicht nur für beschäftigte Personen, sondern auch für Beschäftigungsfälle (bei Mehrfachbeschäftigung). Auf diese Weise erhält man unter anderem verbesserte Informationen über die in einer Volkswirtschaft jährlich insgesamt geleistete Arbeitszeit, die als Bezugsgröße z. B. für die Errechnung von Produktivitäten von Bedeutung ist.

Durch die anfangs beschriebene Registrierung der An- und Abmeldungen können ferner die Bestände verändernden Fluktuationen sichtbar gemacht werden. Gegenüber dem bisher nur möglichen einfachen Vergleich von zwei Beständen kann man jetzt nicht nur sagen, wie hoch die Zu- oder Abgänge eines Bestandes während eines bestimmten Zeitraumes waren, sondern z. B. auch, aus welchen Wirtschaftszweigen die Zugänge kamen und wohin die Abgänge gegangen sind.

Wenn auch das Merkmal Wohnort noch nicht für Auswertungen zur Verfügung steht, so ist doch eine kombinierte Darstellung mit dem Merkmal Arbeitsort vorgesehen, d. h. mit Hilfe der Beschäftigtenstatistik lassen sich auch Verflechtungstabelle wie Pendlerstromtabellen erstellen und zwar zu beliebigen Zeitpunkten und in beliebigen Abständen. Derartige Daten fallen gegenwärtig nur in Verbindung mit Volkszählungen an.

Schließlich ist es möglich, Verlaufsstatistiken aufzustellen. Da bei jeder Meldung die Versicherungsnummer, das Identifizierungsmerkmal eines Beschäftigten, angegeben wird, ist es z. B. möglich, alle zu meldenden beruflichen Stationen einer Person zu markieren, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zurückgelegt wurden. Derartige Auswertungen sind aber der Bundesanstalt für Arbeit vorbehalten, da die Statistischen Ämter nur anonymisiertes Datenmaterial erhalten.

Es ist bemerkenswert, daß diese Fülle statistischer Auswertungen nicht eine eigens angeordnete Erhebung, wie meist üblich, voraussetzt, sondern durch geschickte Gestaltung und gezielte Anreicherung eines Meldeverfahrens ermöglicht wird, das ohnehin schon für den mit hohem Anspruch an Zuverlässigkeit auftretenden Verwaltungsvollzug der Rentenversicherung unerlässlich ist.

Das Tabellenprogramm der amtlichen Statistik

Um die reichhaltigen Auswertungsmöglichkeiten des vorliegenden Datenmaterials optimal zu nutzen, ist zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und der amtlichen Statistik eine arbeits-

¹² Wegen des hohen Arbeitsaufwandes ist es gegenwärtig nicht möglich, den Wohnort, der im Datenmaterial der Rentenversicherungsträger gespeichert ist, in die Versichertendatei zu übernehmen. Wenn das einmal geschehen ist, ist es möglich, mit Hilfe des Datenmaterials der Beschäftigtenstatistik auch Pendlerstromtabellen zu erstellen

teilende Vereinbarung getroffen worden, die die Lieferung von Ergebnissen für allgemeine Zwecke für das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter vorsieht. Dazu werden von der Bundesanstalt für Arbeit bereinigtes aggregiertes Material sowie anonymisierte Einzeldaten geliefert. Eine Sachverständigengruppe, in der alle Hauptbeteiligten vertreten sind, beschäftigt sich mit den Fragen, die mit der weiteren Aufbereitung und Auswertung verbunden sind.

Diese Sachverständigengruppe hat ein sogenanntes Grundprogramm - der Umfang von 136 Tabellen weist dieses Programm als Maximalprogramm aus - erarbeitet, das nach sechs Beschäftigungsgruppen¹³ unterscheidet und weiter nach Periodizität der Tabellen gliedert.

Die meisten Tabellen sind Jahrestabellen, auch Monats- und Vierteljahrestabellen sind vorgesehen. Mit 83 Tabellen soll die amtliche Statistik an diesem Grundprogramm teilhaben, wobei der Schwerpunkt auf Ländertabellen aus dem Jahresmaterial liegt. Insbesondere für die Länder sind die Kreis- und Gemeindetabellen interessant.

Daß ein derart umfangreiches Programm nicht auf einen Schlag zu verwirklichen ist, versteht sich von selbst. Daher soll schrittweise nach Prioritäten vorgegangen werden. Über das zukünftige endgültige Veröffentlichungskonzept ist allerdings noch nicht entschieden worden. In der amtlichen Statistik stehen derzeit nur Vierteljahrestabellen für die Quartalsendtage seit dem 30. 6. 1974 zur Verfügung. Jahrestabellen sollen bald geliefert werden.

Derzeitige Probleme

In der gegenwärtigen Aufbauphase stehen drei Probleme im Vordergrund:

- Erhebliche Überschreitungen der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Meldefristen durch die Betriebe. Anstatt nach spätestens drei Monaten kommen die Ergebnisse zur Zeit nach etwa neun Monaten. Jahrestabellen liegen überhaupt noch nicht vor. Vorerst ist wohl nicht mit Vierteljahresergebnissen vor Ablauf von sechs und mit Jahresergebnissen vor Ablauf von 24 Monaten zu rechnen.
- Einige Unternehmen geben Meldungen für ihre Zweigniederlassungen, Filialen und ähnlichen Organisationsformen unter der Betriebsnummer des Hauptbetriebes ab. Dadurch entstehen Fehler bei der wirtschaftsfachlichen und regionalen Zuordnung.
- Wegen der in den Bundesländern laufenden Gebietsreformen war eine Aktualisierung der Ortsdatei nicht immer möglich. Dieser Mangel kann erhebliche Auswirkung besonders auf den Wert von Gemeindeergebnissen haben.

An der Beseitigung dieser Schwierigkeiten wird mit Erfolg gearbeitet. Obwohl die Beschäftigtenstatistik sich noch im Aufbaustadium befindet, liefert sie schon jetzt wertvolle Ergebnisse. Wenn diese Statistik einmal fest installiert ist, wird sie eine erhebliche Bereicherung des derzeitigen Programms der amtlichen Statistik darstellen und auf die Dauer die Erhebungsprogramme mancher anderen Statistiken entlasten können. Wenn es gelänge, die Beschäftigtenstatistik auf die bisher noch nicht erfaßten Gruppen der Erwerbstätigen auszudehnen, ließe sich ihr Aussagewert noch beträchtlich erhöhen. Ein erster wichtiger Schritt könnte eine Verbindung mit der Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes sein. Auf diese Weise wäre eine Statistik der abhängig Beschäftigten erreichbar.

(wird fortgesetzt)

Jörg Rüdel

¹³) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer, Auszu-

bildende, sozialversicherungspflichtig beschäftigte Teilzeitarbeiter, - Leiharbeiter und - Heimarbeiter

Hochschulwechsel

Im Zusammenhang mit Fragen der Verweildauer der Studenten im Hochschulbereich wird unter anderem auch der Hochschulwechsel als Einflußfaktor auf die Länge der Studienzeiten genannt. Umfassende Aussagen hierüber vermag das Auswertungsprogramm der indivi-

duellen Studentenstatistik, die auf der Grundlage des Hochschulstatistikgesetzes vom 31. August 1971 jedes Semester erstellt wird, zur Zeit nicht zu liefern. Wie viele Studenten und wie häufig sie im Laufe ihres Studiums die Hochschule wechseln, kann exakt erst mit

Hilfe der Verlaufsstatistik gesagt werden. Die Vorbereitungen für den Aufbau der durch das Hochschulstatistikgesetz geforderten Verlaufsstatistik sind aufgenommen worden.

Grobe Anhaltspunkte über Häufigkeit und Art eines Hochschulwechsels sind allerdings auch schon jetzt auf der Grundlage der Bestandsstatistiken zu erhalten. In dem je Semester aufzubauenden Datenbestand der Studentenstatistik werden unter anderem Angaben über die Hochschule der Erstimmatrikulation geführt. Ist diese Hochschule nicht mit der Hochschule identisch, an der sich der Student zum Zeitpunkt der Befragung eingeschrieben hat (Berichtshochschule), liegt mindestens ein Hochschulwechsel vor. Umgekehrt bedeutet jedoch Identität beider Hochschulen nicht, daß der Student vom Studienbeginn bis jetzt immer an der gleichen Hochschule war. Vielmehr könnte in so einem Falle der Student zwischenzeitlich eine andere Universität besucht haben und danach wieder zur Hochschule der Erstimmatrikulation zurückgekehrt sein. Über den Verbleib an der Hochschule im Laufe des Studiums vermag - wie bereits erwähnt - nur eine Verlaufsstatistik Auskunft zu geben.

Die Auswertung der Angaben zur Hochschule der Erstimmatrikulation wird dadurch eingeschränkt, daß man nur nach dem Studienbeginn an einer Hochschule im Bundesgebiet fragt. Erstimmatrikulationen an ausländischen Hochschulen bleiben also unberücksichtigt, so daß vom statistischen Ansatz her die Zahl der Hochschulwechsler untererfaßt sein kann. Das gilt vor allem für die ausländischen Studenten, die häufig erst nach einigen Semestern im Heimatland an eine deutsche Hochschule wechseln. Bei einem Anteil ausländischer Studenten von 6% an der Christian-Albrechts-Universität und von gut 1% an den beiden pädagogischen Hochschulen im Sommersemester 1976 wird sich diese mögliche Untererfassung in einem vertretbaren Rahmen halten.

Die selbstverständlich anonym durchgeführte Auswertung ist mit Hilfe des "adaptierbaren Datenbanksystems" (ADABAS) erfolgt. Dieses Datenbanksystem ermöglicht ohne großen zusätzlichen Programmieraufwand den Ausdruck umfangreicher Kombinationen von Merkmalen aus einem Datenbestand.

Für die Untersuchung wurde die Studentenstatistik der Universität Kiel, der pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg und der Fachhochschulen in Schleswig-Holstein für das Sommersemester 1976 herangezogen. Aus folgenden Überlegungen wurde die Studentenstatistik eines Sommersemesters gewählt: Die meisten Studenten beginnen das

Hochschulwechsler

Berichtshochschule im SS 1976	Studenten mit Erstimmatrikulation an anderer als der Berichtshochschule				
	ins- ge- samt	davon Erstimmatrikulation an anderen			
		Uni- versi- täten	päd- ago- gischen Hoch- schulen	Fach- hoch- schulen	son- stigen Hoch- schulen ¹
Universität Kiel	2 143	1 589	195	267	92
darunter mit Abschlußprüfung	541	217	71	206	47
%	25	14	36	77	51
Pädagogische Hochschule Kiel	877	525	183	143	26
darunter mit Abschlußprüfung	179	40	33	94	12
%	20	8	18	66	46
Pädagogische Hochschule Flensburg	131	54	29	44	4
Fachhochschulen	498	165	19	163	151

1) einschließlich "ohne Angabe"

Studium im Wintersemester, da der Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulreife das erzwingt oder die Hochschulen keine Studienanfänger zum Sommersemester zulassen. Daher ist der Anteil derjenigen Studenten, die die Hochschule schon einmal gewechselt haben, zum Sommersemester höher als im Winter. Dies ist ein rein statistischer Sachverhalt, der durch die unterschiedlich hohe Studienanfängerquote erklärt wird.

Von den 11 022 Studenten, die im Sommersemester 1976 an der Kieler Universität studierten, haben 8 879 Studenten (81%) das Studium auch an dieser Hochschule begonnen. 2 143 Studenten hatten sich zuerst an einer anderen Hochschule im Bundesgebiet eingeschrieben. Für einige von ihnen war der später vollzogene Wechsel der Hochschule gleichzeitig mit einem Wechsel der Hochschulart verbunden. 1 589 Studenten, also knapp drei Viertel der Hochschulwechsler, studierten vorher ebenfalls an einer Universität. Dagegen gaben 267 Studenten (12%) an, sich zuerst an einer Fachhochschule eingeschrieben zu haben, und 195 Studenten (9%) nannten eine pädagogische Hochschule als Stätte der Erstimmatrikulation. Dabei wechselte man in diesen Fällen vor allem von den Hochschulen in Kiel auf die Christian-Albrechts-Universität: 136 Studenten studierten zuerst an der Fachhochschule Kiel und 139 Studenten an der Pädagogischen Hochschule Kiel. Die übrigen 92 Studenten, die nicht an der Kieler Universität ersteingeschrieben waren, kamen von Gesamthochschulen, kirchlichen Hochschulen, Kunsthochschulen oder haben die Art der Hochschule nicht angegeben.

Inwieweit mit dem Wechsel der Hochschule die Aufnahme eines zweiten Studiums verbunden

ist, kann wenigstens annäherungsweise mit der Frage nach einer bereits abgelegten Abschlußprüfung im Hochschulbereich beantwortet werden. Nur annäherungsweise deshalb, weil die vom Studenten angegebene Abschlußprüfung ebenso gut nach dem Hochschulwechsel abgelegt worden sein kann. Lediglich die Art der bereits bestandenen Abschlußprüfung und die Zeitspanne zwischen der Erstimmatrikulation und der ersten Immatrikulation an der jetzigen Hochschule lassen weitergehende Aussagen über ein mit dem Hochschulwechsel verbundenes Zweitstudium zu. Die hier erfolgte Abgrenzung der Zeitspanne vernachlässigt die Studienzeiten, die zwischen der ersten und einer erneuten Immatrikulation an der Berichtshochschule anderswo verbracht wurden. Ebenso bleiben Studienunterbrechungen und Beurlaubungen unberücksichtigt. Das muß bedacht werden, wenn im folgenden diese Zeitspanne, gemessen in Semestern, mit dem Mindestzeitaufwand für ein erfolgreiches Studium verglichen wird.

Von den 1 589 Studenten in Kiel, die das Studium zunächst an einer anderen Universität aufgenommen hatten, besaßen nur 217 Studenten (14%) bereits ein Examen. Auch wenn man die oben definierte Zeitspanne heranzieht, zeigt sich, daß der Hochschulwechsel von Universität zu Universität meistens vor Abschluß eines Studiums vorgenommen wird. 1 290 Studenten, die zunächst an einer anderen Universität eingeschrieben waren, wechselten nach sieben und weniger Semestern auf die Christian-Albrechts-Universität. Das heißt also, daß vier Fünftel der 1 589 Studenten den Hochschulwechsel nach einer Zeit vollzogen hatten, die bei einer Mindeststudienzeit an Universitäten von acht Semestern nicht ausreicht, um ein Studium erfolgreich zu beenden.

Unter den 195 Studenten, die ihr Studium an einer pädagogischen Hochschule begonnen hatten, waren immerhin 71 Studenten (36%) bereits examiniert. Das Lehramt an Grund- und Hauptschulen als Art der Abschlußprüfung wurde von 40 Studenten genannt. Da an der Kieler Universität dieser Abschluß nicht möglich ist, kann angenommen werden, daß in diesen Fällen der Hochschulwechsel erst nach einem erfolgreich beendeten Studium an einer pädagogischen Hochschule vollzogen wurde. Insgesamt läßt sich aber aufgrund der Zeitangaben zu den Immatrikulationen sagen, daß die meisten Studenten, die ehemals an pädagogischen Hochschulen studierten, ohne einen Hochschulabschluß auf die Kieler Universität wechselten. Denn 118 Studenten (61%) schrieben sich nach den vorliegenden Ergebnissen schon nach fünf oder weniger Semestern an der Christian-Albrechts-Universität ein.

In dieser Zeit kann auch an einer pädagogischen Hochschule kein Studium abgeschlossen werden.

Mit dem Wechsel auf die Kieler Universität muß nicht unbedingt die Absicht einer Lehrerbildung aufgegeben werden. 83 Studenten, das sind 43% derjenigen, die ihr Studium zuerst an einer pädagogischen Hochschule aufgenommen hatten, strebten nach dem Wechsel entweder das Lehramt für Real-schulen oder für Gymnasien an.

Gut drei Viertel der 267 Studenten, die von einer Fachhochschule auf die Christian-Albrechts-Universität wechselten, hatten schon einen Hochschulabschluß aufzuweisen. Von diesen 206 examinierten Studenten, die an der Kieler Universität weiterstudierten, konnten 192 Studenten (93%) die Graduierung an einer Fachhochschule nachweisen. Aufgrund der Art der bereits abgelegten Abschlußprüfung kann gesagt werden, daß die große Mehrheit der Fachhochschulwechsler zuerst ihr Studium beenden, bevor sie sich an einer wissenschaftlichen Hochschule einschreiben. Das ist allerdings für die meisten dieser Studenten auch Voraussetzung, da erst durch die Graduierung die allgemeine Hochschulreife erworben wird.

Auch die Zahl der Semester, die aufgebracht werden, bevor der Hochschulwechsel vollzogen wurde, deutet darauf hin, daß man in der Regel zuerst das Fachhochschulstudium beendet. 75% der 267 Studenten, die als erstes an einer Fachhochschule immatrikuliert waren, schrieben sich erst nach sechs und mehr Semestern an der Universität Kiel ein. In dieser Zeit kann das Fachhochschulstudium erfolgreich beendet werden.

Die erfolgreich abgelegte Zwischenprüfung an einer Fachhochschule vermittelt die fachgebundene Hochschulreife, das heißt, die Berechtigung, ein inhaltlich verwandtes Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule fortzusetzen. Wie viele Studenten diesen Weg eingeschlagen haben, läßt sich hier nicht sagen. Trotz gewisser Vorteile eines Universitätsstudiums wie höheres Sozialprestige, höhere durchschnittliche Einkommenserwartung, größere Aufstiegschancen im Berufsleben und attraktivere Studiensituation z. B. durch die Teilnahme an der Forschung kann aufgrund der vorliegenden Zahlen nicht von einem "run" ehemaliger Fachhochschulstudenten auf die Christian-Albrechts-Universität gesprochen werden.

An der Pädagogischen Hochschule Kiel studierten im Sommersemester 1976 2 728 Studenten. Knapp ein Drittel von ihnen, nämlich 877 Studenten, hatten sich zuerst an einer anderen Hochschule im Bundesgebiet

eingeschrieben. Das Studium an einer Universität begannen 525 Studenten (60%), wobei von 344 Studenten die Christian-Albrechts-Universität als Hochschule der Erstimmatrikulation genannt wurde. 183 Studenten (21%) hatten sich zu Beginn des Studiums an einer anderen pädagogischen Hochschule eingeschrieben, darunter 116 Studenten an der Pädagogischen Hochschule Flensburg. 143 Studenten (16%) waren zuerst an einer Fachhochschule immatrikuliert, wobei 105 Studenten die Kieler Fachhochschule angaben. Die übrigen 26 Studenten (3%) kamen von Gesamthochschulen oder Kunst- und Musikhochschulen. Mit 32% ist der Anteil der Studenten, die das Studium anderswo aufnahmen, an der Pädagogischen Hochschule Kiel höher als an der Kieler Universität, wo sich nur 19% der im Sommersemester 1976 eingeschriebenen Studenten zuerst an einer anderen Hochschule immatrikuliert hatten.

Einen Hochschulabschluß konnte von den 877 Studenten etwa jeder Fünfte vorweisen. Je nach Art der Hochschule der Erstimmatrikulation zeigen sich hier jedoch Unterschiede. Studenten, die sich zu Beginn ihres Studiums an einer Universität einschreiben, wechseln in der Regel vor Abschluß irgendeines Studiums auf eine pädagogische Hochschule: Nur 8% der 525 ehemaligen Universitätsstudenten konnten schon einen Hochschulabschluß vorweisen. Daß dieser Anteil so niedrig ist, mag unter anderem damit zu erklären sein, daß der Übergang von der Universität auf die pädagogische Hochschule nicht unbedingt mit einem Wechsel des Studienziels verbunden sein muß. Das Lehramt an Realschulen und das Diplom in Pädagogik kann man sowohl an der Universität als auch an der Pädagogischen Hochschule Kiel erwerben.

Auch für die Studenten, die zuerst an einer anderen pädagogischen Hochschule studierten, ist ein Zweitstudium eher die Ausnahme als die Regel. Unter den 183 Studenten waren nur 33 (18%), die schon einen Studiengang erfolgreich beendet hatten. Dagegen bestätigt sich, daß ehemalige Fachhochschulstudenten meistens erst nach der Graduierung an einer anderen Hochschule weiterstudieren. Zwei Drittel der 143 Studenten, die früher an Fachhochschulen studierten, hatten schon ein Examen. Die Graduierung als Art der Abschlußprüfung gaben 89 Studenten an.

Bemerkenswert erscheint noch, daß der Hochschulwechsel auf pädagogische Hochschulen früher vollzogen wird als auf Universitäten. Unter den 877 Studenten, die zuerst anderswo immatrikuliert waren, verließen 345 Studenten (39%) bereits nach zwei oder weniger

Semestern die Hochschule der Erstimmatrikulation. Die vergleichbare Zahl für die Kieler Universität beläuft sich auf 27%. Nach den vorliegenden Ergebnissen trifft dieser frühzeitige Hochschulwechsel vor allem für die Studenten zu, die von einer Universität kommen, um an einer pädagogischen Hochschule weiter zu studieren. Von den 525 Studenten, die zuerst für ein Universitätsstudium eingeschrieben waren, wechselten 239 Studenten (46%) bereits nach spätestens einem Jahr auf die Pädagogische Hochschule Kiel.

Die Pädagogische Hochschule Flensburg zählte im Sommersemester 1976 834 Studenten. Nur 131 Studenten (16%) hatten das Studium davor an einer anderen Hochschule aufgenommen, womit dieser Anteil niedriger ist als an den beiden Kieler Hochschulen. Das mag mit den geringeren Hochschulalternativen in Flensburg und Umgebung zusammenhängen. Wie an der pädagogischen Hochschule in Kiel hatten sich auch in Flensburg die meisten Hochschulwechsler - 54 Studenten, das sind 41% der 131 Studenten - zuerst an einer Universität eingeschrieben. 44 Studenten (36%) kamen von einer Fachhochschule und 29 Studenten (22%) von einer anderen pädagogischen Hochschule. Der Anteil der Hochschulwechsler, der bereits ein Studium erfolgreich beendet hat, war mit 39% an der Pädagogischen Hochschule Flensburg besonders hoch. Statistisch erklärt sich das durch den höheren Anteil ehemaliger Fachhochschulstudenten, die ja meistens erst nach der Graduierung die Hochschule wechseln.

Die Ergebnisse der Untersuchung für die Fachhochschulen haben nur beschränkte Aussagefähigkeit, da gerade hier viele Studenten über die Hochschulart der Erstimmatrikulation keine oder nur unpräzise Antworten abgaben. In einigen Fällen muß angenommen werden, daß die Befragten nicht eindeutig zwischen Hochschulbereich und anderen Bildungseinrichtungen unterschieden haben. So sind vermutlich Übergänge von Fachschulen auf Hochschulen ebenfalls als Hochschulwechsel angegeben worden.

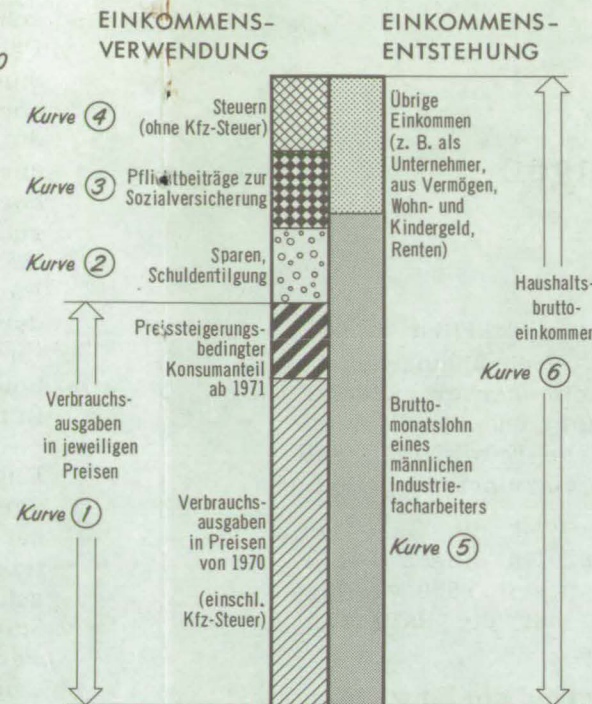
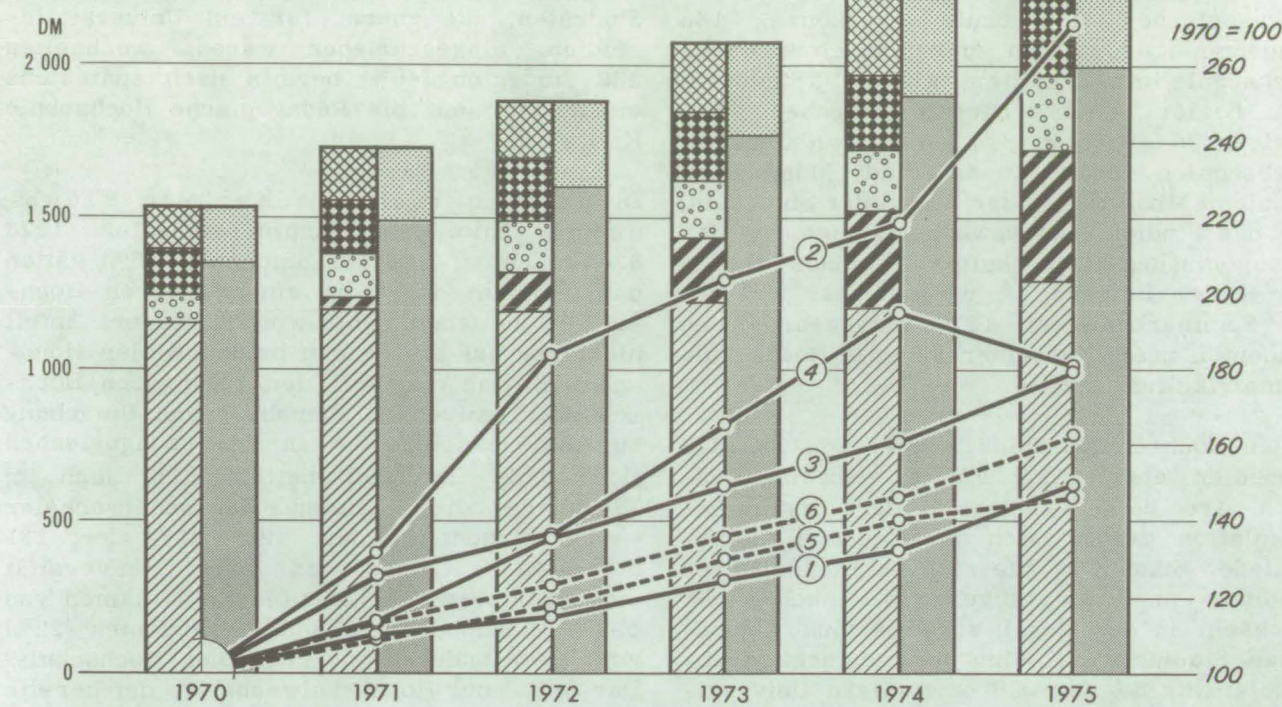
Trotz dieser Einschränkung kann gesagt werden, daß auch Fachhochschulstudenten schon irgendwann einmal eine andere Hochschule besucht haben. Im Sommersemester 1976 studierten an den Fachhochschulen in Flensburg, Kiel, Lübeck und Wedel 3 641 Studenten, von denen sich 498 Studenten (14%) zuerst an einer anderen Hochschule immatrikuliert hatten. Die meisten unter ihnen kamen von Universitäten (165 Studenten) oder von einer anderen Fachhochschule (163 Studenten). 135 Studenten machten zur Hoch-

EINKOMMEN, LÖHNE, AUSGABEN UND VERBRAUCHERPREISE 1970-1975

D - 4847

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen im Bundesgebiet

EINKOMMENSVERWENDUNG UND -ENTSTEHUNG MONATSWERTE IN DM UND MESSZAHLEN

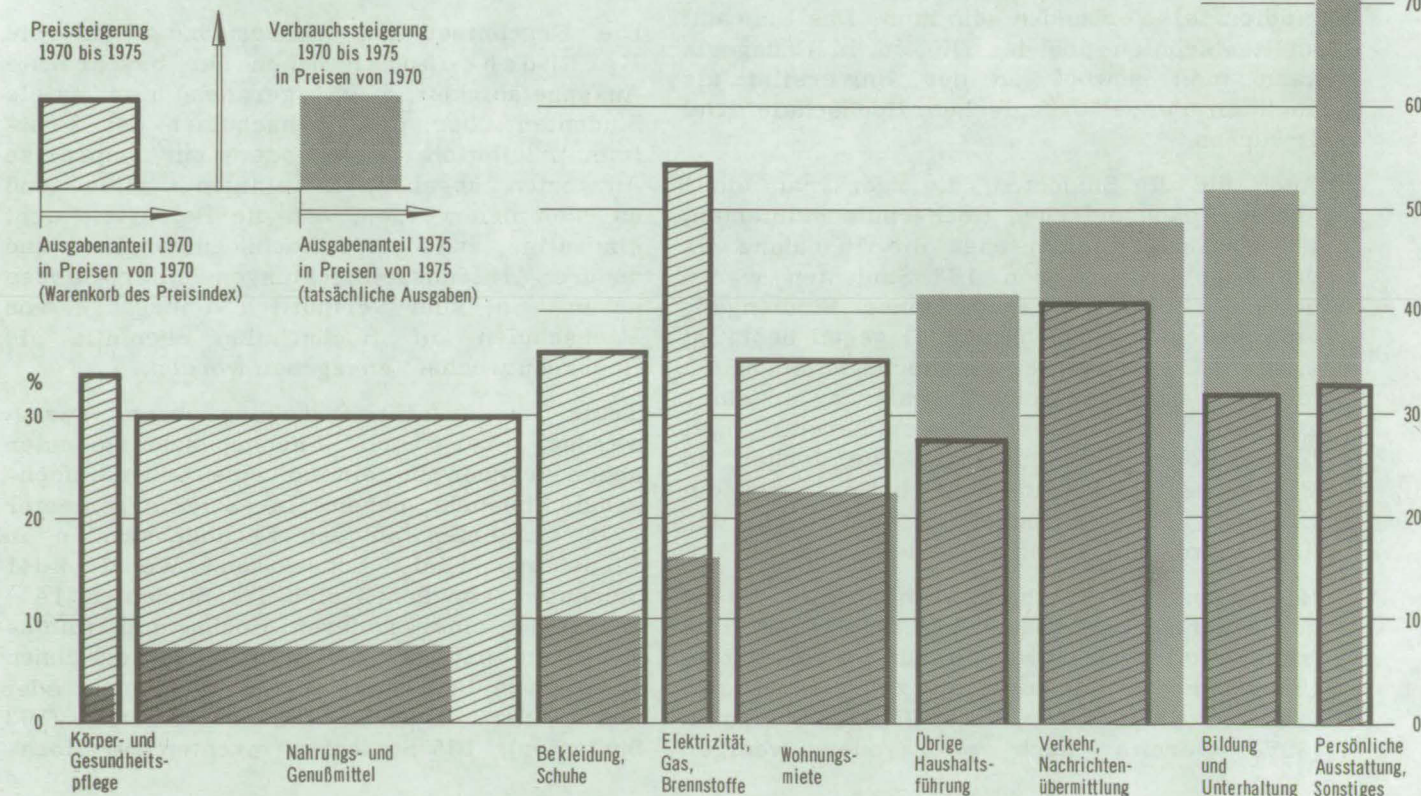


Dieser 4-Personen-Haushalt bezieht neben dem Lohnneinkommen eines männlichen Industriefacharbeiters, das seine Haupteinkommensquelle darstellt, weitere Einkommen und Einnahmen aus anderen Quellen (z. B. Kindergeld, Wohngeld u. ä.). Die Summe — das Haushaltsbruttoeinkommen — wird für unterschiedliche Verwendungszwecke ausgegeben. Die Entwicklung der Einkommensverwendung und -entstehung sowie ihre wesentlichen Komponenten zeigt das linke Bild in absoluter und prozentualer Form. Wirkungen ausgeprägter Sonderfaktoren werden im Kurvenverlauf von 1974 auf 1975 erkennbar. Der Wachstumsrückgang der abzuführenden Steuerbeträge geht auf die große Steuerreform von 1975 zurück. Trotz der Wachstumsabschwächung des Bruttoeinkommens im Jahre 1975 wachsen die Verbrauchsausgaben, die Ersparnis und das Haushaltsbruttoeinkommen überproportional. Dieses Wachstum wird von der Einnahmenseite her durch die staatliche Einkommensumverteilung über die Einführung des Kindergeldes für 2 Kinder bei diesem Haushaltstyp ab 1975 möglich. Schrumpfende Steuerbeträge auf der Ausgabe Seite ermöglichen den Ausgabenanstieg bei anderen Verwendungsarten — bei den Verbrauchsausgaben und der Ersparnis. Die Darstellung fußt einerseits auf der Entwicklung der Lohnneinkommen, die in der Lohnstatistik für Industrie und Handel laufend ermittelt werden. Die Entwicklung der Einnahmen- und Ausgabenstruktur wurde den laufenden Wirtschaftsrechnungen für den genannten Haushaltstyp entnommen. Die Verbrauchsausgaben des Haushalts werden in dem unteren linken Bild nach dem Verwendungszweck aufgeteilt.

Preissteigerungen und Verbrauchssteigerungen in Preisen von 1970 wurden als Säulenhöhen angegeben. Die Säulenbreiten stellen die Ausgabenanteile der einzelnen Verbrauchsgruppen im Warenkorb des Preisindex der Lebenshaltung im Jahre 1970 und diejenigen des Jahres 1975 dar. Es bestätigt sich dabei die bekannte Tatsache, daß mit steigendem Einkommen jener Ausgabenanteil schrumpft, der für Nahrungs- und Genußmittel verwendet wird. Überproportionale preisbereinigte Ausgabenzuwächse sind umgekehrt bei Verwendungszwecken zu finden, die nicht dem Grundbedarf zuzuordnen sind (Waren und Dienstleistungen für Bildung und Unterhaltung, für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie persönliche Ausstattung). Der überdurchschnittliche Preisanstieg in der Gruppe „Elektrizität, Gas, Brennstoffe“ geht überwiegend auf die Wirksamkeit des OPEC-Kartells zurück. So wurden etwa in den Monaten des Höhepunkts der Ölkrise 1973/74 Preiserhöhungen zum Vorjahr um 40 % ermittelt — ein Nachkriegsrekord. Die Entwicklung der Verbrauchsmengen und -ausgaben seit 1970 für ausgewählte Verbrauchsgüter ist dem Bild unten rechts entnehmbar. Die gewachsene Motorisierung kommt im starken Mehrverbrauch von Kraftstoffen zum Ausdruck. Auffällig ist ferner die Umstrukturierung des Energiebedarfs auf andere Träger. Andere wohlstandsbedingte Umschichtungen der Verbrauchsgewohnheiten werden bei Frischobst, Frischgemüse und konservierten vergleichbaren Produkten erkennbar. Die Wirkung des zunehmend kalorienbewußten Konsums schlägt sich im mengenmäßigen Verbrauch einschlägiger Nahrungsmittel nieder.

VERWENDUNG DER VERBRAUCHSAUSGABEN

STEIGERUNGEN DER PREISE UND VERBRAUCHSMENGEN IN DEN AUSGABENGRUPPEN



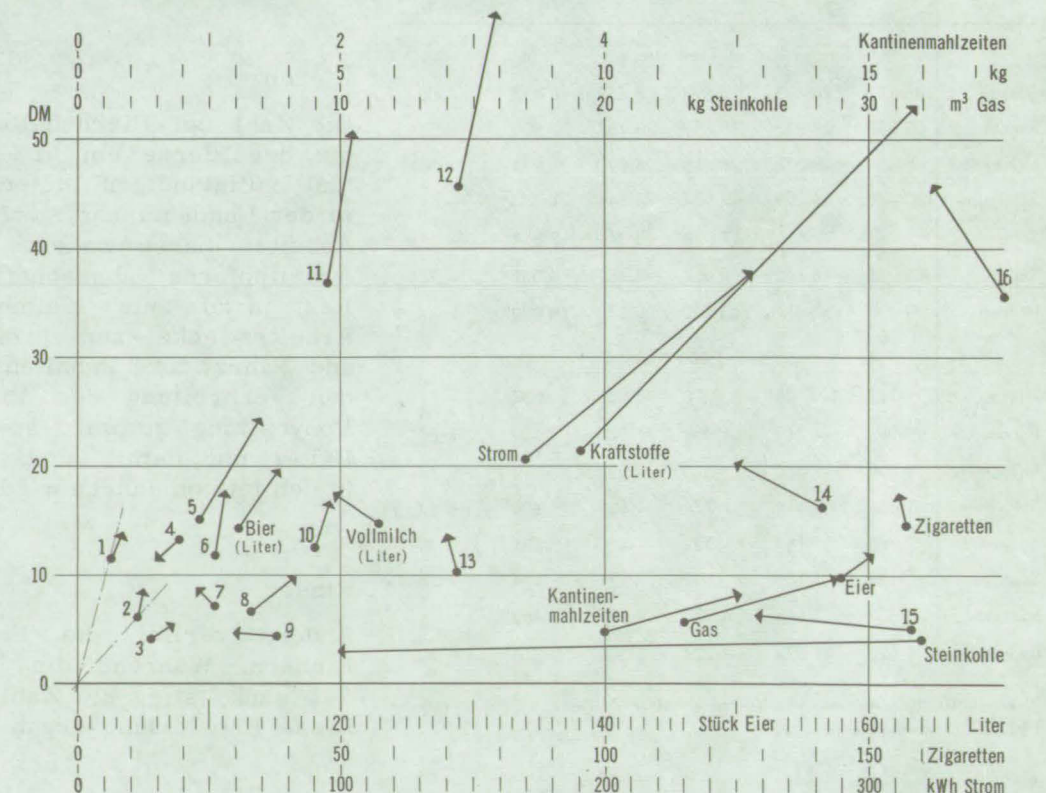
MONATLICHE AUSGABEN UND VERBRAUCHSMENGEN 1970 UND 1975

FÜR AUSGEWÄHLTE NAHRUNGS- UND GENUßMITTEL, ELEKTRIZITÄT, GAS, STEINKOHL E UND KRAFTSTOFFE

Die Richtung der Pfeile läßt erkennen, wie sich Menge, Ausgabe und Preis verändert haben. Während eine Änderung der Verbrauchsmenge als Rechts-Links-Abstand zwischen Punkt und Spitze des Pfeiles erscheint und eine Änderung der Ausgaben als Oben-Unten-Abstand, drückt sich eine Preisänderung als Abweichung von der Richtung genau auf den Nullpunkt beider Skalen aus. Wenn ein Strahl vom Nullpunkt durch den Startpunkt des Pfeiles geht und die Pfeilspitze links (oberhalb) davon, so bedeutet das Preisanstieg (z. B. „2“), liegt die Pfeilspitze rechts (unterhalb) davon, ist der Preis gesunken (hier nur bei Bohnenkaffee).

Nr. Ware in kg

- 1 Bohnenkaffee
- 2 Fische, Fischwaren
- 3 Konserviertes Obst
- 4 Butter
- 5 Süßwaren und Honig
- 6 Käse
- 7 Margarine
- 8 Konserviertes Gemüse
- 9 Zucker
- 10 Mehl, Nahrungsmittel
- 11 Wurst und Wurstwaren
- 12 Fleisch
- 13 Frischgemüse
- 14 Frischobst
- 15 Kartoffeln
- 16 Brot und Backwaren



GRAFIK DES MONATS MAI 1977

schule ihrer Erstimmatrikulation keine näheren Angaben, was hier zu den bereits erwähnten Einschränkungen der Einzelergebnisse führt. Immerhin zeigt sich, daß bei den Hochschulwechslern an Fachhochschulen der Anteil derjenigen, die schon eine Abschlußprüfung nachweisen können, im Vergleich zu

den vorweg untersuchten Gruppen geringer ist. Nur 54 der 498 Studenten (11%) hatten bereits ein Studium erfolgreich beendet. Das deutet auf eine frühzeitige Umorientierung von einer mehr theoretischen zu einer stärker praxisbezogenen Hochschulausbildung hin.

Friedrich-Karl Wormeck

Strukturelle und regionale Veränderungen in der Viehhaltung

In den letzten 25 Jahren haben sich die Struktur und die regionale Verteilung der Viehhaltung entscheidend verändert, und vieles deutet darauf hin, daß dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen ist. Bei stark steigender Zahl der Tiere nahm die Zahl der Viehhalter ab. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Bestandsgröße von 1950 bis 1976 in der Rinderhaltung von 16 auf 56, bei Milchkühen von 7 auf 22, bei Schweinen von 7 auf 79 und bei Zuchtsauen von 2 auf 14 Tiere. Hinzu kommen regionale Veränderungen vor allem in der Rindviehhaltung, die im Osten des Landes ab- und im Westen und Norden zunahm.

Dies ergibt sich aus den jährlich Anfang Dezember stattfindenden Viehzählungen, die als Totalerhebung in Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Landesamt und den Gemeinden durchgeführt wird. Die Entwicklung seit 1950 wird nachstehend im einzelnen dargelegt.

Nicht für alle Tierarten ist die Zahl der Halter seit 1950 bekannt; in diesen Fällen kann die Entwicklung erst seit 1960 verfolgt werden. In allen Fällen hat die Halterzahl bis 1976 stark abgenommen.

Bei der Zahl der Tiere verlief die Entwicklung unterschiedlich. Die Zahl der Pferde und Schafe nahm ab, die der übrigen Tierarten - wenn auch unterschiedlich stark - zu.

Die Veränderungen von 1950 bzw. 1960 bis 1976 werden nachstehend im einzelnen besprochen.

	Dezember					Veränderung 1976 gegenüber 1950 (1960) in %
	1950	1960	1970	1975	1976	
Tierhalter						
Pferde	46 301	24 175	5 893	8 059	8 493	- 82
Rinder	60 755	49 833	35 759	28 758	27 830	- 54
Milchkühe	-	48 058 ^a	31 675	24 020	23 174	(- 52)
Schweine	130 473	84 299	42 984	22 344 ^b	21 330 ^b	- 84
Sauen	-	32 615	17 874	13 341	12 804	(- 61)
Schafe	15 968	6 142	4 464	4 469	4 541	- 72
Hühner	-	152 311	65 230	20 542 ^b	18 838 ^b	- 88
1 000 Tiere						
Pferde	167	46	18	31	32	- 81
Rinder	999	1 219	1 407	1 525	1 560	+ 56
Milchkühe	458 ^a	460 ^a	493	503	513	+ 12
Schweine	1 031	1 414	1 774	1 620 ^b	1 696 ^b	+ 64
Sauen	107	154	183	170	181	+ 70
Schafe	129	105	97	121	124	- 4
Hühner	3 827	3 648	4 920	4 280 ^b	4 450 ^b	+ 16
Legehennen	1 926	1 672	3 223	2 303 ^b	2 310 ^b	+ 20

a) einschließlich Ammen- und Mutterkuhhalter/-kühe
b) ohne Kleinsthaltungen

Pferde

Die Zahl der Pferdehalter ging um 82% und die der Pferde um 81% zurück. Infolge der fast vollständigen Motorisierung der früher in der Landwirtschaft von Pferden geleisteten Arbeiten haben nahezu alle Landwirte ihre Arbeitspferde abgeschafft. Der verbliebene Rest wird zum kleineren Teil noch für Arbeitszwecke, zum größeren Teil für Reit- und Fahrzwecke gehalten. Mit der zunehmenden Verbreitung des Pferdesports und der Ponyhaltung nimmt sowohl die Zahl der Halter und damit auch die Zahl der Tiere in den letzten Jahren wieder merklich zu.

Rinder

Anders verlief die Entwicklung bei den Rindern. Während die Zahl der Halter um 54% sank, stieg die Zahl der Tiere um 56%. Diese Entwicklung ergab sich vor allem aus

der Tatsache, daß viele Kuhhalter, meist Landarbeiter, die zur eigenen Versorgung 1 oder 2 Kühe hatten, die Kühe abgeschafft haben. Hinzu kommen andere Gründe, wie die zunehmende "viehlose Bewirtschaftung", insbesondere der Marktfruchtbetriebe in Ostholstein. Die sehr arbeitsaufwendige Milchviehhaltung, verbunden mit steigenden Melkerlöhnen, ist oftmals in solchen Betrieben nicht mehr lohnend, die über Alternativen in ihrer Betriebsorganisation verfügen. Schließlich hat sich auch in der Rindviehhaltung allgemein der Zwang zur Rationalisierung durch Technisierung der Arbeitsvorgänge durchgesetzt, was zwangsläufig zur Aufstockung der Bestände geführt hat, in denen Produktionsalternativen nicht vorhanden sind, also im allgemeinen auf der Geest.

Die Entwicklung bei den Milchkühen verlief nicht parallel mit derjenigen der Rinder allgemein. Die Zahl der Kuhhalter nahm um 52% ab, während die Zahl der Kühe insgesamt um 12% zunahm, was relativ wenig ist im Vergleich zur Ausweitung bei den Rindern um 56%. Hierin spiegelt sich die Verlagerung von der Milchproduktion zur Rindfleischproduktion wider, eine Entwicklung, die vor allem vom Markt diktiert wurde und sich verstärkt in den letzten Jahren vollzog. Hierauf wird nachstehend besonders einzugehen sein.

Schweine

Mit am stärksten ging die Zahl der Schweinehalter zurück. Sie verringerte sich von 1950 bis 1976 um 84%¹, während andererseits die Zahl der Tiere um 64% zunahm. Auch für diese Entwicklung waren eine Reihe von Gründen maßgebend. In erster Linie wäre der starke Rückgang der Hausschlachtungen zu nennen. Während 1950 noch etwa 200 000 Schweine für Hausschlachtungen gehalten wurden, ist diese Zahl jetzt auf etwa 70 000 zurückgegangen¹. An die Stelle der Hausschlachtungen ist häufig der Einkauf von Schweinehälften für die Tiefkühltruhe getreten. Wie in der Rinderhaltung haben viele Landwirte auch aus arbeitswirtschaftlichen Gründen die Schweinehaltung aufgegeben oder aber in anderen Fällen ihre bisherigen Bestände kräftig aufgestockt. Auch hier haben die Anforderungen des Marktes an Einheitlichkeit und gleichbleibende Qualität der Partien den entscheidenden Anstoß gegeben.

1) Allerdings muß berücksichtigt werden, daß ab 1974 Kleinsthaltungen mit weniger als 3 Schweinen nicht mehr erfaßt worden sind, wenn nicht Zuchtschweine oder sonstiges Großvieh gehalten oder 1 oder mehr ha LF bewirtschaftet wurden

Die Verminderung der Sauenhaltung bei gleichzeitiger Ausweitung der Sauenzahl verlief annähernd parallel zu der Entwicklung bei Schweinen insgesamt.

Schafe

Ähnlich wie bei den Pferden hat - wenn auch aus anderen Gründen - die Zahl der Schafhalter stark abgenommen. Einer Verringerung um 72% steht jedoch eine fast gleichgebliebene Zahl von Schafen (Rückgang um 4%) gegenüber. Geringer werdende Nachfrage nach Schaffleisch einerseits und ungünstige Preisentwicklungen auf den internationalen Wollmärkten andererseits veranlaßten viele Landwirte, die Schafhaltung aufzugeben. Aber auch hier ist in den letzten Jahren wieder ein spürbarer Wandel eingetreten. Sowohl die Zahl der Halter als auch der Tiere nimmt merklich zu. Die verstärkte Nachfrage nach Schaffleisch für den Export, aber auch im Inland vor allem von Seiten der Gastarbeiter, sowie betriebswirtschaftliche Gründe lassen diesen arbeitsextensiven Betriebszweig wieder interessanter werden. Von Bedeutung ist in zunehmendem Maße die nebenberufliche Schafhaltung mit unterschiedlichster Motivation der Schafhalter wie Zuerwerb, Hobby oder Verwertung von anderweitig nicht nutzbaren Flächen. Wenn die Entwicklung der letzten Jahre anhält, wird die Zahl der Schafe unter Umständen den Bestand des Jahres 1950 demnächst wieder übersteigen.

Hühner

Am stärksten war der Rückgang der Zahl der Hühnerhalter mit 88%² bei gleichzeitiger Zunahme der Bestände um 16% bzw. 20% bei Legehennen. Die Haltung von Kleinstbeständen für den eigenen Bedarf an Eiern und Schlachthühnern ist weitgehend aufgegeben worden². Andererseits haben die Eier- und Mastgeflügelproduzenten aus Gründen der durch sehr starken Wettbewerb erzwungenen Rationalisierung der Produktion ihre Bestände im allgemeinen um ein Vielfaches aufgestockt.

Bestandsgrößen

Die beschriebene, im allgemeinen gegenläufige Entwicklung von Tierhaltungen und Zahl der Tiere hat zu großen Veränderungen in der durchschnittlichen Bestandsgröße geführt. Aus

2) Auch hier ist zu berücksichtigen, daß ab 1974 Kleinsthaltungen (weniger als 20 Legehennen) nicht mehr erfaßt worden sind

der Zahl der Tierhalter und der Zahl der Tiere errechnen sich folgende Bestandsgrößen:

Durchschnittliche Bestandsgrößen je Tierhalter

	1950	1960	1970	1975	1976
Pferde	3,6	1,9	3,0	3,8	3,8
Rinder	16,4	24,5	39,4	53,0	56,0
Milchkühe	-	9,6 ^a	16,5	21,0	22,1
Schweine	7,9	16,8	41,3	72,5 ^b	79,5 ^b
Sauen	-	4,7	10,2	12,7	14,2
Schafe	8,1	17,1	21,7	27,1	27,4
Hühner	-	24	75	208 ^b	236 ^b
Legehennen	-	-	-	120 ^b	132 ^b

a) einschließlich Ammen- und Mutterkühe
b) ohne Kleinsthaltungen

Diese Zahlen bedürfen keiner weiteren Kommentierung, sie ergeben sich aus dem bereits Gesagten. Sie sind im übrigen mit dem Vorbehalt zu versehen, daß die Methodik der jährlichen Viehzählungen ab 1974 geändert wurde. Kleinbestände bei Schweinen und Geflügel werden aus Gründen der Einsparung öffentlicher Mittel nicht mehr erfragt. Insoweit sind die Daten nicht voll vergleichbar. Dennoch bleibt der Trend zur Vergrößerung der einzelnen Tierbestände je Halter deutlich erkennbar. Man kann sagen, daß die durchschnittlichen Bestandsgrößen bei Pferden sich nicht veränderten, bei Rindern drei- bis viermal so groß geworden sind, bei Kühen sich mehr als verdoppelt haben, bei Schweinen und Hühnern auf das Zehnfache angestiegen sind und bei Schafen reichlich das dreifache dessen von 1950 ausmachen.

Regionale Verschiebung der Rinderhaltung

Zusätzlich zu den strukturellen Veränderungen seit 1950 gibt es bei Rindern seit Jahren bemerkenswerte regionale Verschiebungen. Die Rinder "wanderten" vom Osten in den Westen und Norden des Landes. Am deutlichsten läßt sich dies anhand der Kreis-ergebnisse erkennen.

Die Zahl der Rinder nahm von 1950 bis 1976 im Kreis Ostholstein um 21% ab, während sie in den Kreisen Dithmarschen um 70%, Nordfriesland um 89%, Schleswig-Flensburg um 78% und Steinburg um 102% anstieg. Noch ausgeprägter war die Entwicklung in der Milchkuhhaltung. Diese ging in allen Kreisen des östlichen Holsteins zurück - im Kreis Ostholstein mit 44% am stärksten -, während sie im übrigen Land, am meisten in den

Zahl der Rinder in den Kreisen

	Rinder insgesamt			Milchkühe		
	1950	1976	Ver- änderung in %	1950 ^a	1976	Ver- änderung in %
	1 000 Tiere			1 000 Tiere		
Dithmarschen	114	194	+ 70	39	47	+ 18
Hzgt. Lauenburg	49	63	+ 27	28	22	- 21
Nordfriesland	137	259	+ 89	52	78	+ 50
Ostholstein	78	62	- 21	41	23	- 44
Pinneberg	49	71	+ 45	23	24	+ 5
Plön	63	78	+ 23	33	29	- 13
Rendsburg-Eckernförde	147	229	+ 56	69	83	+ 21
Schleswig-Flensburg	152	270	+ 78	73	90	+ 24
Segeberg	79	119	+ 51	40	45	+ 13
Steinburg	75	151	+ 102	31	50	+ 59
Stormarn	46	50	+ 9	26	20	- 24

a) einschließlich Ammen- und Mutterkühe

Kreisen Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg und Steinburg, zunahm.

Da diese Entwicklung mit einer generellen Ausweitung der Rinderhaltung einherging, treten die regionalen Veränderungen allein präziser hervor, wenn man die Anteile der Rinderhaltung in den einzelnen Kreisen an der gesamten schleswig-holsteinischen Rinderhaltung angibt und damit die Niveauveränderung eliminiert.

Anteil der Kreise am Rinderbestand Schleswig-Holsteins in %

	1950	1976	Veränderung in Prozent- punkten
Dithmarschen	11,5	12,4	+ 0,9
Hzgt. Lauenburg	4,9	4,0	- 0,9
Nordfriesland	13,7	16,6	+ 2,9
Ostholstein	7,9	4,0	- 3,9
Pinneberg	4,9	4,5	- 0,4
Plön	6,3	5,0	- 1,3
Rendsburg-Eckernförde	14,7	14,7	-
Schleswig-Flensburg	15,2	17,3	+ 2,1
Segeberg	7,9	7,7	- 0,2
Steinburg	7,5	9,7	+ 2,2
Stormarn	4,6	3,2	- 1,4
Stadtkreise	0,9	0,9	-
Schleswig-Holstein	100	100	.

In Dithmarschen, Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Steinburg stiegen die Anteile, während sie in Hzgt. Lauenburg, Ostholstein, Plön und Stormarn sanken. In den dazwischenliegenden Kreisen Pinneberg, Rendsburg-Eckernförde und Segeberg blieben sie fast

unverändert. Gebiete, in denen die Rinderhaltung zunahm, hatten bereits 1950 die größten Anteile an der Rinderhaltung, während sie in den schon damals rinderarmen Landesteilen weiter zurückging.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind bekannt. Die arbeits- und damit lohnintensiven Betriebszweige, zu denen insbesondere die Milchviehhaltung zählt, wurden von vielen größeren Betrieben, vor allem auf den besseren Ackerbaustandorten in den östlichen Landesteilen aufgegeben und mit ihr das gesamte Rindvieh abgeschafft. Arbeits-extensive, der Mechanisierung leichter zugängliche Betriebszweige traten an deren Stelle. Umgekehrt zwangen die hohen Grünlandanteile, geringe Ackererträge und knappe Flächenausstattung die Betriebe in den westlichen und nördlichen Landesteilen, das notwendige betriebliche Wachstum über Viehaufstockung zu erreichen. Ein Blick auf die regionalen Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur belegt diesen Zusammenhang. Die nachstehende Übersicht zeigt, welchen Anteil die landwirtschaftliche Nutzfläche von Betrieben oberhalb bestimmter Größen 1976 an der gesamten LF jedes Kreises hatte.

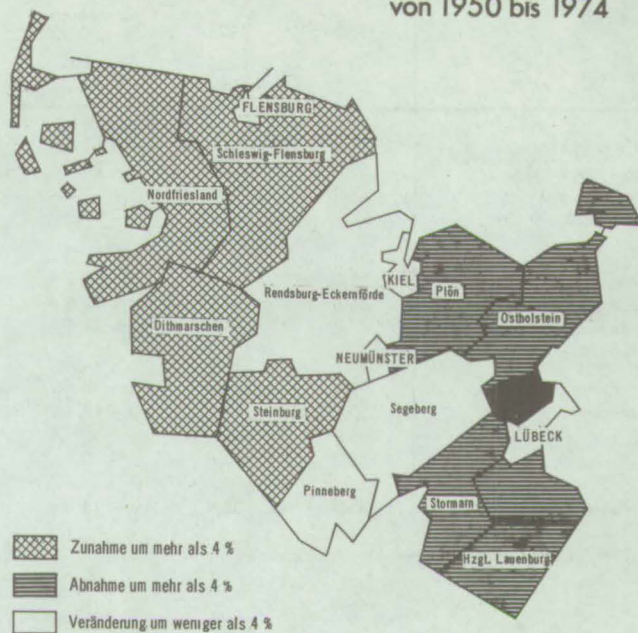
	Anteil der LF der Betriebe	
	mit 40 und mehr ha LF	mit 75 und mehr ha LF
	an der gesamten LF des Kreises in %	
Dithmarschen	53,7	17,8
Hzgt. Lauenburg	68,7	25,9
Nordfriesland	54,1	15,9
Ostholstein	79,1	48,5
Pinneberg	37,2	8,3
Plön	63,1	37,2
Rendsburg-Eckernförde	59,4	25,8
Schleswig-Flensburg	55,3	14,1
Segeberg	59,4	22,5
Steinburg	46,9	10,7
Stormarn	63,2	29,5
Stadtkreise	69,9	39,6
Schleswig-Holstein	58,8	23,1

In den Kreisen Hzgt. Lauenburg, Ostholstein, Plön und Stormarn werden mehr als 60% der LF von Betrieben bewirtschaftet, die größer als 40 ha sind. In den Kreisen Dithmarschen, Nordfriesland, Pinneberg, Schleswig-Flensburg und Steinburg beträgt dieser Anteil weniger als 56% und in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Segeberg liegt er zwischen 56% und 60%.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Veränderungen in der Bodennutzung, insbesondere die regionalen Veränderungen

D - 4824

Veränderung der Dauergrünlandfläche von 1950 bis 1974



beim Dauergrünland. Bei veränderten Haltungs- und Fütterungsmethoden nahm das Dauergrünland 1974 (neuere Zahlen für Kreise liegen nicht vor) mit 467 835 ha kaum mehr Fläche in Anspruch als 1950 mit 466 769 ha. Somit steht einer Erhöhung des Rinderbestandes um rund 56% eine um nur 0,2% gestiegene, also praktisch gleichgebliebene Dauergrünlandfläche gegenüber.

In der regionalen Verteilung des Dauergrünlandes haben sich jedoch Veränderungen ergeben, die denen in der Rinderhaltung völlig parallel verlaufen sind. So waren die stärksten Zunahmen beim Dauergrünland in den Kreisen zu verzeichnen, in denen sich die Rinderhaltung relativ am stärksten ausweitete, während auch hier die Kreise Pinneberg, Rendsburg-Eckernförde und Segeberg die geringsten Veränderungen zeigten.

Neben den strukturellen und regionalen Veränderungen in der Rinderhaltung, die beide überwiegend betriebswirtschaftlich bedingt waren, vollzog sich eine weitere - marktwirtschaftlich bedingte - Veränderung in der Weise, daß die Rindermast und -aufzucht an Bedeutung gewann. Dies ergibt sich aus dem geringer gewordenen Anteil der Milchkühe an der Gesamtzahl der Rinder. So betrug dieser Anteil 1950 in Schleswig-Holstein noch 45,9% und 1976 nur 32,9%. Anders ausgedrückt: Vor 26 Jahren war fast jedes zweite Rind eine Milchkuh, heute nur noch knapp jedes dritte. Dies liegt in erster Linie daran, daß die Kälberschlachtungen stark abgenommen haben, so daß männliches

Anteil der Milchkühe¹ an der Gesamtzahl der Rinder

	1950	1976	Abnahme in Prozent- punkten
	%		
Dithmarschen	34,5	24,1	- 10,4
Hzgt. Lauenburg	55,9	34,6	- 21,3
Nordfriesland	38,0	30,1	- 7,9
Ostholstein	52,2	36,9	- 15,3
Pinneberg	46,4	33,6	- 12,8
Plön	52,0	36,7	- 15,3
Rendsburg-Eckernförde	46,8	36,2	- 10,6
Schleswig-Flensburg	47,8	33,3	- 14,5
Segeberg	50,1	37,4	- 12,7
Steinburg	41,6	32,9	- 8,7
Stormarn	56,4	39,1	- 17,3
Stadtkreise	55,3	34,6	- 20,7
Schleswig-Holstein	45,9	32,9	- 13,0

1) 1950 einschließlich Ammen- und Mutterkühe

Jungvieh verstärkt ausgemästet und so zunehmend in den Viehzählungen erfaßt wurde. Auch diese Veränderung vollzog sich in den einzelnen Kreisen unterschiedlich stark.

Am stärksten ging der Anteil der Milchkühe an der Gesamtzahl der Rinder in den Kreisen zurück, in denen er 1950 am höchsten gewesen war. Das sind wieder die Kreise Hzgt. Lauenburg, Ostholstein, Plön und Stormarn, also die gleichen Kreise, in denen die Rinderhaltung überhaupt am meisten an Bedeutung verlor. Umgekehrt ging der Anteil der Milchkuhhaltung dort am wenigsten zurück, wo er schon 1950 gering gewesen war, also z. B. in Dithmarschen und Nordfriesland.

Dr. Burkhard Burchardi

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht C III 1

Kurzberichte

Erzeugerpreise für Agrarerzeugnisse 1976

Das Jahr 1976 war durch langanhaltende Trockenperioden mit ungewöhnlich hohen sommerlichen Temperaturen gekennzeichnet. Dieser Klimaeinfluß schmälerte in vielen Fällen die erwarteten Erträge.

Aufgrund der verminderten Getreideernte ist der Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik für Getreide weiter gesunken. Die Erzeugerpreise der ausgewiesenen Getreidearten zogen im Berichtsjahr um 9% bis 14% zum Vorjahr an.

Trotz erheblich gestiegener Erzeugerpreise für Kartoffeln war 1976 die schleswig-holsteinische Anbaufläche unter anderem als Folge hoher Pflanzkartoffelpreise nicht erweitert worden. Die Dürre des Sommers verursachte eine Minderung des Hektarertrages und der Kartoffelernte um etwa 30%. Mit der Angebotsverknappung ging eine ungewöhnlich hohe Preissteigerungsrate einher. Der Erzeugerpreis ab Hof stieg im Durchschnitt des Kalenderjahres um 189% bis 247% je nach Sorte. In den umsatzstarken Monaten hatte sich der Erzeugerpreis zum jeweiligen Vorjahresmonat mehr als verdoppelt. Seit Oktober war jedoch ein Nachgeben der Preise erkennbar, wohl auch als Folge erhöhter Einfuhren nach völliger Aussetzung des gemeinsamen Zolltarifs der EG.

Unter den Gemüsearten ist der Weißkohl für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung. Mit einer jahresdurchschnittlichen Preissteigerungsrate von etwa 90% führte der Weißkohlpreis die Skala der zum Teil recht erheblichen Steigerungsraten bei den einzelnen Gemüsearten an. Ursächlich hatte der dürrebedingte Ertragsausfall bei den frühen Sorten zu der erheblichen jahresdurchschnittlichen Preissteigerungsrate beigetragen. Zum Jahresende nahm die Steigerungsrate zum jeweiligen Vorjahresmonat ständig ab. Im Dezember 1976 bewegte sich der Weißkohlpreis nur noch um gut 3% über dem Stand vor Jahresfrist.

Die Futtermittelpreise zogen aufgrund erhöhter Nachfrage (witterungsbedingt verminderter Rauhfutteranfall) zwischen 13% und 47% an. Für eiweißhaltige Produkte (Fischmehl, Soja-schrot) wurden die höchsten Raten ausgewiesen.

Die Molkereien zahlten für Vollmilch im Kalenderjahr um gut 6% mehr aus. Entsprechend der sinkenden Milchanlieferung zwischen den Monaten Mai bis Oktober zeigte die Preisentwicklung im Jahresverlauf den üblichen ausgeprägten saisonalen Verlauf, der im Jahre 1976 Abweichungen von - 6% bis + 15% um den Jahresdurchschnittspreis auslöste. Die längerfristige Preisentwicklungstendenz für Milch und Milchprodukte war auch 1976 durch die Interventionsmaßnahmen im Rahmen der Marktordnung für Milch und

Milcherzeugnisse geprägt. Bei der bekannten Überschußproduktion für die Interventionsprodukte dieser Marktordnung klebte auch weiterhin der im Jahre 1976 um durchschnittlich 7,1% gestiegene Butterpreis am Interventionspreisniveau. Die Preise der Ersatzprodukte für Butter - wie Margarine und Speiseöl - gaben dagegen durchschnittlich bis zu 30% zum Vorjahr nach, so daß durch diese gegenläufige Preisentwicklung die Wettbewerbsstellung der Butter weiter geschwächt wurde.

Die Preise für Schlachtrinder und Rindfleisch lagen um 0,9% bis 3,7% je nach Vermarktungsstufe und Handelsklasse über dem Vorjahresniveau. Die durch die sommerliche Trockenheit ausgelöste Futterknappheit bedingte einen vorübergehenden Preiseinbruch, da mehr Rinder als saisonal üblich vermarktet wurden.

Die Schweinefleischpreise bewegten sich 1976 im Jahresdurchschnitt um 5,4% über ihren

Vorjahresstand und erreichten im März einen seit Jahren nicht beobachteten Höchststand. Seit dieser Zeit fallen die Preise tendenziell. Der Preisaufschwung, der bis ins letzte Quartal des Jahres 1975 angehalten hatte, wurde damit durch einen Abschwung seit dem Frühsommer 1976 abgelöst. Ausgeprägter als bei den Rindfleischpreisen verlief der Preiseinbruch beim Schweinefleisch im Sommer des Jahres.

Auf die mehrjährig gesunkenen Eierpreise reagierten die Erzeuger mit Produktionseinschränkungen, die unter anderem zu Preissteigerungsraten von 20% bis 30% im Jahresdurchschnitt führten. Das Preisniveau bewegte sich auf der Großhandelsstufe etwa auf dem Stand von 1973.

Gerd Scheel

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht M I I

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 – 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Veröffentlichung langer Zeitreihen

In diesem Heft beginnt in loser Folge der Abdruck einzelner Abschnitte aus einer zur Zeit entstehenden Veröffentlichung mit dem Titel:

Lange Reihen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins (1950 – 1975).

Anfragen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft nach langen Zeitreihen statistischer Daten veranlaßten im Statistischen Landesamt immer wieder zeitraubende Nachforschungen, da die gewünschten Zahlen aus verschiedenen Quellen zusammengestellt werden mußten, die wegen Änderungen von Methoden und Definitionen oft auch nicht aneinander paßten. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand wurde es zudem immer schwieriger, derartige

Informationen überhaupt noch zu gewinnen, da alte Unterlagen naturgemäß schwerer zugänglich und lückenhafter werden und die Mitarbeiter mit alten Erfahrungen nach und nach ausscheiden.

Die Besonderheit der Veröffentlichung, die das Statistische Landesamt demnächst vorlegen wird, liegt darin, daß alle Tabellen so früh wie möglich nach Ende des 2. Weltkrieges beginnen und ein Vierteljahrhundert umschließen. Eine Auswahl der 63 wichtigsten Themen wird in einheitlicher Form geboten, nämlich als Doppelseite mit Text, Tabelle, Grafik und Methode oder als Einzelseite mit Text und Tabelle. Um die Öffentlichkeit mit dieser Schrift bekannt zu machen, werden einige Sachgebiete in den „Statistischen Monatsheften“ vorab erscheinen. Auf die Herausgabe wird zu gegebener Zeit in der üblichen Form hingewiesen werden.

Bevölkerung nach Alter und Geschlecht

Als Ergebnis historischer Ereignisse und Erfahrungen mehrerer Generationen ist der Altersaufbau eines Volkes zugleich Determinante für seine künftige demografische und ökonomische Entwicklung. Wie einschneidend sich die geschichtlichen Veränderungen besonders der letzten 60 Jahre in Schleswig-Holstein auswirkten, sollen Tabelle und Grafik vermitteln.

Während die bei einer idealen Population sich einstellende pyramidenähnliche, glatte Grundform des Lebensbaumes nur von bestimmten Geburten- und Sterbeverhältnissen abhängt, kann die wirkliche Kontur des Lebensbaumes bei einer Bevölkerung, die den Stürmen ihrer Geschichte ausgesetzt ist, durch folgende Einflüsse zerklüftet sein: durch Kriege werden große Teile der Bevölkerung vieler Altersgruppen hinweggerafft (stark überwiegend auf der männlichen Seite), durch Krieg, soziale Notzeiten und durch Änderungen im generativen Verhalten der Bevölkerung unterbleiben Geburten oder werden verschoben (bei beiden Geschlechtern), und jede so entstandene größere Bucht in der Kontur wiederholt sich im Abstand einer Generation weiter unten (weniger Eltern – weniger Kinder), wobei ihre Grenzen aufweichen. Weniger ins Auge fallen die Wirkungen der Wanderung (Zu- und Fortzüge) und die der niedrigeren Lebenserwartung der älteren Männer gegenüber den Frauen.

Die Grafik macht die großen Veränderungen der Gesamtzahl in dieser Zeitspanne nicht ohne weiteres sichtbar. Der durch den Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen hohe Bevölkerungsstand von 1950 (2 595 000) wurde bis 1956 durch Abwanderung und Umsiedlungsmaßnahmen auf den Nachkriegstiefpunkt von 2 252 000 abgebaut und trotz einer Zunahme von 330 000 Menschen seit 1957 bisher noch nicht wieder erreicht – auch nicht durch die in diesen Zahlen enthaltene starke Zuwanderung von Ausländern in den letzten Jahren.

In der Altersgruppe der 5- bis 14jährigen ist bei den Mädchen wie bei den Jungen der hohe Anteil im Jahre 1950 und der sehr niedrige nur 11 Jahre später auffällig. Während die u. a. durch geburtenfördernde Maßnahmen des 3. Reiches starken Jahrgänge 1934 bis 1940 zum hohen Wert von 1950 beitrugen, waren für die niedrigen Anteile von 1961 die geringen Geburtenzahlen von 1950 bis 1955 maßgebend, vor allem eine Spätfolge der durch den 1. Weltkrieg bedingten Geburtenausfälle, die ab 1943 zu "Elternknappheit" führten.

Die 15 bis 39 Jahre alten Einwohner bilden zusammen mit den 40- bis 64jährigen die "Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter". Ihre 1950 gegenüber 1975 so kleine Anzahl ist im wesentlichen auf die dünn besetzten Jahrgänge 1915 bis 1918 (durch Geburtenausfälle infolge des 1. Weltkrieges sowie Gefallene im 2. Weltkrieg), 1919 bis 1928 (Gefallene im 2. Weltkrieg) und 1929 bis 1933 (Weltwirtschaftskrise) zurückzuführen. 1975 dagegen bestand diese Altersgruppe aus den Jahrgängen 1936 bis 1960, von denen die Jahrgänge 1936 bis 1940 (geburtenfördernde Maßnahmen), 1946 bis 1949 (Nachholbedarf der kriegsbedingten Geburtenausfälle) und 1957 bis 1960 (wirtschaftlicher Aufschwung und starke ins heiratsfähige Alter wachsende Jahrgänge) dominierten. Die Gruppe der 40- bis 64jährigen ist ebenfalls 1950 und 1975 sehr verschieden stark, aber gerade umgekehrt wie die 15- bis 39jährigen: zahlreich in 1950 und erheblich kleiner in 1975. Wer 1950 zu dieser Altersgruppe gehörte, war zwischen 1886 und 1910 geboren, wer 1975 so alt war, zwischen 1911 und 1935.

Die Bevölkerung von 65 und mehr Jahren ist von 1950 bis 1975 absolut und relativ bei beiden Geschlechtern erheblich angewachsen. Wenn auch die 1910 und früher geborenen Männer stärker unter den Kriegseignissen gelitten haben als die Frauen dieser Jahrgänge, so ist doch die weitaus größere Zahl der Frauen in dieser Altersgruppe ebenso auch Ausdruck der höheren Lebenserwartung der Frau.

Stand	Wohn- bevölke- rung	davon waren ... Jahre alt								
		unter 5	5 - 14	15 - 19	20 - 29	30 - 39	40 - 49	50 - 59	60 - 64	65 und mehr
männlich										
13. 9. 1950 ¹⁾	1 210 466	96 290	249 853	98 683	152 727	133 958	178 040	132 768	52 987	115 160
6. 6. 1961 ¹⁾	1 093 869	89 000	161 583	88 553	190 453	125 377	109 431	145 079	58 979	125 414
27. 5. 1970	1 187 730	108 184	195 418	81 079	177 313	182 628	128 353	105 881	65 156	143 718
31. 12. 1975	1 238 750	71 412	222 558	92 725	183 760	205 103	148 949	103 156	57 367	153 720
in %										
13. 9. 1950 ¹⁾	100	8,0	20,6	8,2	12,6	11,1	14,7	11,0	4,4	9,5
6. 6. 1961 ¹⁾	100	8,1	14,8	8,1	17,4	11,5	10,0	13,3	5,4	11,5
27. 5. 1970	100	9,1	16,5	6,8	14,9	15,4	10,8	8,9	5,5	12,1
31. 12. 1975	100	5,8	18,0	7,5	14,8	16,6	12,0	8,3	4,6	12,4
weiblich										
13. 9. 1950 ¹⁾	1 384 182	91 310	239 060	94 324	189 237	184 990	209 593	169 734	66 282	139 652
6. 6. 1961 ¹⁾	1 223 572	84 689	152 852	81 646	169 923	149 874	153 413	177 337	76 854	176 984
27. 5. 1970	1 306 374	103 058	184 507	75 222	159 409	170 393	158 187	149 667	86 700	219 231
31. 12. 1975	1 343 662	67 291	210 650	87 261	157 185	191 633	149 835	146 826	84 729	248 252
in %										
13. 9. 1950 ¹⁾	100	6,6	17,3	6,8	13,7	13,4	15,1	12,3	4,8	10,1
6. 6. 1961 ¹⁾	100	6,9	12,5	6,7	13,9	12,2	12,5	14,5	6,3	14,5
27. 5. 1970	100	7,9	14,1	5,8	12,2	13,0	12,1	11,5	6,6	16,8
31. 12. 1975	100	5,0	15,7	6,5	11,7	14,3	11,2	10,9	6,3	18,5
insgesamt										
13. 9. 1950 ¹⁾	2 594 648	187 600	488 913	193 007	341 964	318 948	387 633	302 502	119 269	254 812
6. 6. 1961 ¹⁾	2 317 441	173 689	314 435	170 199	360 376	275 251	262 844	322 416	135 833	302 398
27. 5. 1970	2 494 104	211 242	379 925	156 301	336 722	353 021	286 540	255 548	151 856	362 949
31. 12. 1975	2 582 412	138 703	433 208	179 986	340 945	396 736	298 784	249 982	142 096	401 972
in %										
13. 9. 1950 ¹⁾	100	7,2	18,8	7,4	13,2	12,3	14,9	11,7	4,6	9,8
6. 6. 1961 ¹⁾	100	7,5	13,6	7,3	15,6	11,9	11,3	13,9	5,9	13,0
27. 5. 1970	100	8,5	15,2	6,3	13,5	14,2	11,5	10,2	6,1	14,6
31. 12. 1975	100	5,4	16,8	7,0	13,2	15,4	11,6	9,7	5,5	15,6

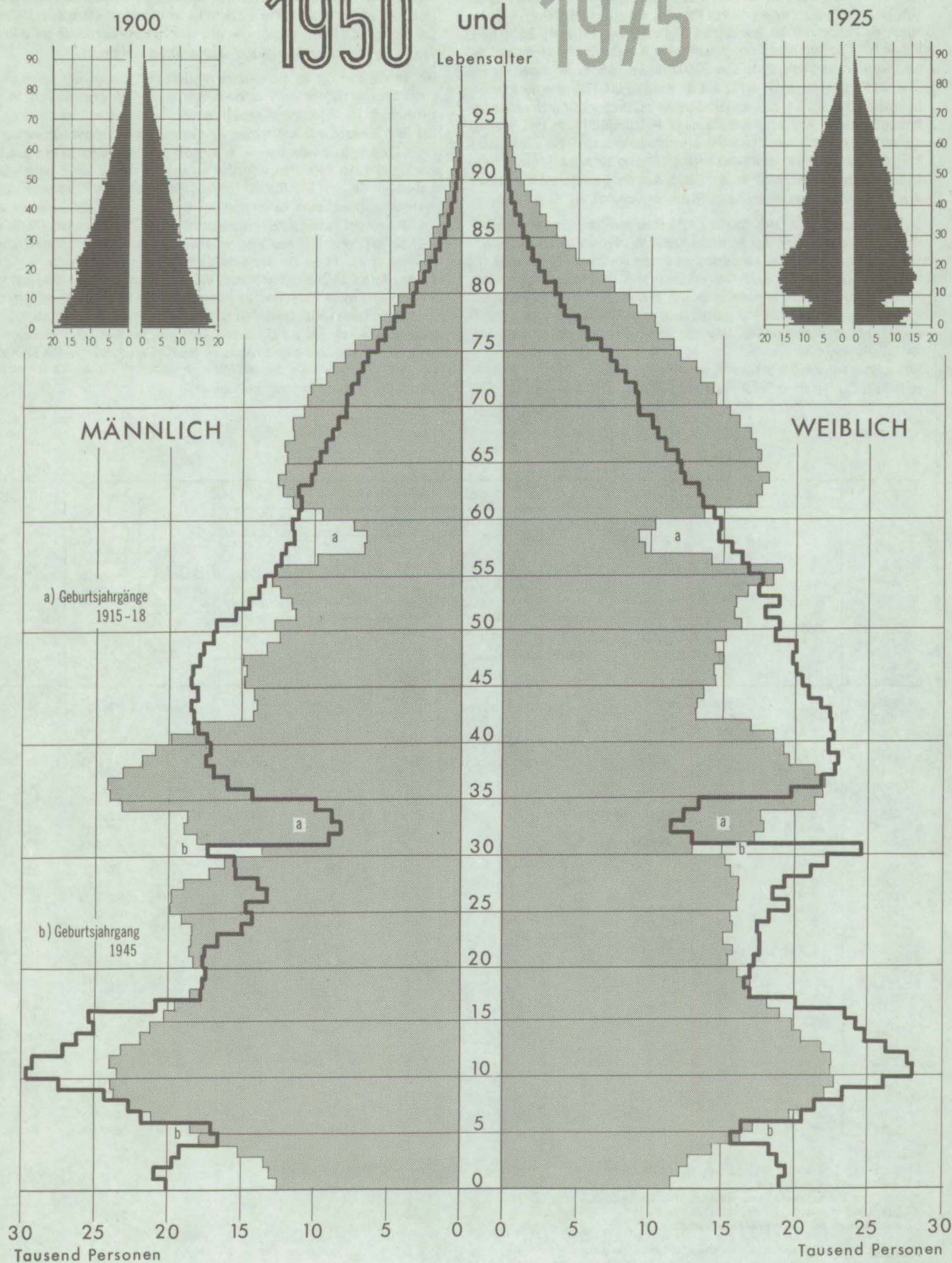
1) Fälle ohne Altersangabe wurden proportional aufgeteilt

Hinweis: Anschlusszahlen siehe Statistische Berichte A I 3 (Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht)

Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins

1950 und 1975

Lebensalter



Bauhauptgewerbe

Von 1950 bis etwa 1960 sank die Zahl der Betriebe des Bauhauptgewerbes und insbesondere derjenigen mit weniger als 20 Beschäftigten kontinuierlich, während sich gleichzeitig die Zahl der tätigen Personen auf etwa 64 000 erhöhte. In den folgenden Jahren blieb die Betriebszahl relativ konstant bei knapp 2 500. Noch bis zur Mitte der sechziger Jahre steigerten die Betriebe ihre Mitarbeiterzahl auf den Nachkriegshöchststand von über 70 000, bauten aber in der Rezession von 1967 das Personal rapide bis auf 62 000 ab. Von 1968 bis 1971 nahm der Beschäftigtenstand zwar ständig, aber nur leicht wieder zu. Die zur Zeit noch andauernde Krisensituation im Bauhauptgewerbe führte in den Jahren 1974 und 1975 zu einem abermaligen Einbruch des Personalstandes um jeweils etwa ein Zehntel. Die kleineren Betriebe haben sich dabei noch am ehesten behaupten können. In den letzten Jahren ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe auf mittlerweile wieder über 70 % und an der der Beschäftigten auf knapp ein Viertel gestiegen.

Die Personalstruktur hat sich etwa seit 1956 kontinuierlich zugunsten der qualifizierten Kräfte gewandelt. Der Anteil der kaufmännischen und technischen Angestellten nahm auf heute etwa ein Zehntel und der der Poliere und Facharbeiter von 50 bis auf über 60 % zu. Neben der entsprechenden langfristigen Tendenz zum Abbau des ungelernten Personals zeigt sich deutlich, daß die Fachwerker und Werker (früher "Hilfsarbeiter") in starkem Maße je nach der momentanen Beschäftigungssituation eingestellt oder entlassen werden und so unfreiwillig als Konjunkturpuffer wirken.

Stundenlöhne und Umsätze haben sich seit 1950 in gewissen Grenzen proportional entwickelt. Der Umsatz je Beschäftigten war 1976 gut neunmal so hoch wie 1950,

die Stundenlöhne (hier als Durchschnittssatz aller auf Baustellen tätigen Poliere, Meister, Facharbeiter und Werker) haben sich im gleichen Zeitraum mehr als verzehnfacht. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz ist während der fünfziger Jahre bis auf ein Drittel gesunken, konnte dann im Verteilungskampf bis 1970 auf über 41 % gesteigert werden, ist aber seitdem wieder abnehmend.

Die an der Zahl der für die unterschiedlichen Auftragsarten und -geber geleisteten Stunden differenzierter zu erkennende Beschäftigungsentwicklung ist vor allem durch den Wohnungsbau geprägt worden, dessen Anteil sich zwischen 40 und 50 % bewegte. Für Auftraggeber aus Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft (ohne Wohnungsbauprojekte) wurde im langfristigen Trend etwa gleichmäßig viel gearbeitet, wobei auch die kurzfristige Entwicklung relativ stetig verlief. Dasselbe gilt für den öffentlichen Hochbau. Im öffentlichen Tiefbau sind die zyklischen Schwankungen der Stundenzahl größer. Es zeigt sich außerdem eine bis 1964 zu- und danach abnehmende Tendenz in der Tiefbautätigkeit. Ob die von 1967 bis 1971 gegenüber den anderen Bauten antizyklisch verlaufende Tiefbauentwicklung ein Effekt der Konjunktursteuerung ist oder aber durch die Olympischen Spiele 1972 ausgelöst wurde, sei dahingestellt. Die an den insgesamt geleisteten Stunden gemessene Baukonjunktur folgte wegen der branchenspezifisch langfristigen Auftragsabwicklung dem allgemeinen Wirtschaftszyklus mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren. Die aktuelle Krise im Bauhauptgewerbe ist allerdings eher struktureller Natur. Es scheint so, daß zumindest im Hochbau die Talsohle durchschritten ist, zumal 1976 auch die Gesamtzahl der Beschäftigten wieder leicht gestiegen ist.

Jahr ¹⁾	Betriebe ²⁾		Beschäftigte ²⁾						Löhne ³⁾ je Arbeits- stunde	Umsatz ³⁾⁴⁾ je Beschäf- tigten	Löhne und Gehälter in % des Umsatzes ³⁾
	ins- gesamt	darunter Betriebe mit 1-19 Beschäft- tigten	ins- gesamt	darunter in Betrieben mit 1-19 Beschäft- tigten	davon nach der Stellung im Betrieb						
					tätige Inhaber, unbezahlte mithelfende Familien- angehörige	kauf- männische und technische Angestellte	Poliere, Fach- arbeiter	Fach- werker, Werker			
		%		%	einschließlich Auszubildender				DM	DM	
		%		%							
1950	3 347	83,8	46 825	29,3	7,8	3,5	53,6	35,1	1,25	7 333	36,8
1951	3 260	85,5	42 393	32,0	8,3	3,8	52,5	35,4	1,34	7 724	37,9
1952	3 104	84,2	41 751	30,5	8,0	3,6	50,5	37,8	1,51	8 679	37,2
1953	2 974	80,2	47 805	26,3	6,8	3,4	52,5	37,3	1,61	9 434	37,7
1954	2 907	77,9	53 394	23,3	5,9	3,4	50,0	40,7	1,69	10 245	36,7
1955	2 774	74,9	58 547	20,5	5,2	3,3	50,0	41,6	1,86	11 531	35,9
1956	2 820	74,5	58 422	20,8	5,3	3,7	53,9	37,1	1,97	13 215	34,1
1957	2 708	73,6	57 752	20,5	5,1	3,9	55,9	35,0	2,20	13 365	35,3
1958	2 655	70,8	64 755	17,5	4,4	4,0	52,9	38,7	2,41	15 268	34,0
1959	2 532	69,2	63 369	18,0	4,4	4,2	54,3	37,1	2,62	16 386	33,3
1960	2 485	67,9	63 935	17,9	4,2	4,4	56,8	34,6	2,96	17 331	33,3
1961	2 443	67,1	63 588	17,6	4,1	4,7	57,3	33,9	3,34	19 679	33,9
1962	2 474	66,7	67 565	17,5	4,2	5,0	56,6	34,2	3,89	22 815	33,1
1963	2 479	65,3	70 728	17,0	4,0	5,1	56,0	34,9	4,32	22 547	34,6
1964	2 529	66,4	70 651	17,6	4,0	5,5	56,9	33,5	4,80	25 033	35,9
1965	2 492	64,9	70 015	17,3	4,6	5,9	58,6	31,5	5,24	26 065	36,7
1966	2 472	65,8	68 410	18,0	4,1	6,3	58,8	30,8	5,52	28 081	36,3
1967	2 480	67,4	61 711	20,8	4,6	6,8	61,5	27,1	5,42	30 208	.
1968	2 459	67,8	62 579	20,5	4,6	6,9	60,8	27,8	5,85	23 469	.
1969	2 476	66,6	63 469	19,5	4,6	7,1	59,9	28,4	6,48	27 898	40,1
1970	2 436	66,2	63 778	19,4	4,5	7,5	60,9	27,1	8,02	33 942	41,4
1971	2 415	66,2	64 161	19,6	4,5	7,9	61,1	26,5	8,98	41 354	39,9
1972	2 379	65,8	62 777	19,6	4,5	8,2	61,8	25,5	9,97	49 713	36,2
1973	2 526	67,3	62 792	20,2	4,8	9,0	62,6	23,6	11,41	55 254	36,0
1974	2 473	69,8	56 886	22,5	5,1	9,8	62,6	22,4	12,16	59 033	36,7
1975 ⁵⁾	2 450	71,8	51 972	24,3	5,6	10,0	63,1	21,3	12,81	63 470	35,8
1976 ⁵⁾	2 587	73,7	53 461	25,4	5,4	9,9	64,4	20,3	13,38	68 289	34,0

1) Stichtag bis 1962: Ende Juli, ab 1963: Ende Juni

2) aus der Totalerhebung

3) aus dem hochgerechneten monatlichen Berichtskreis

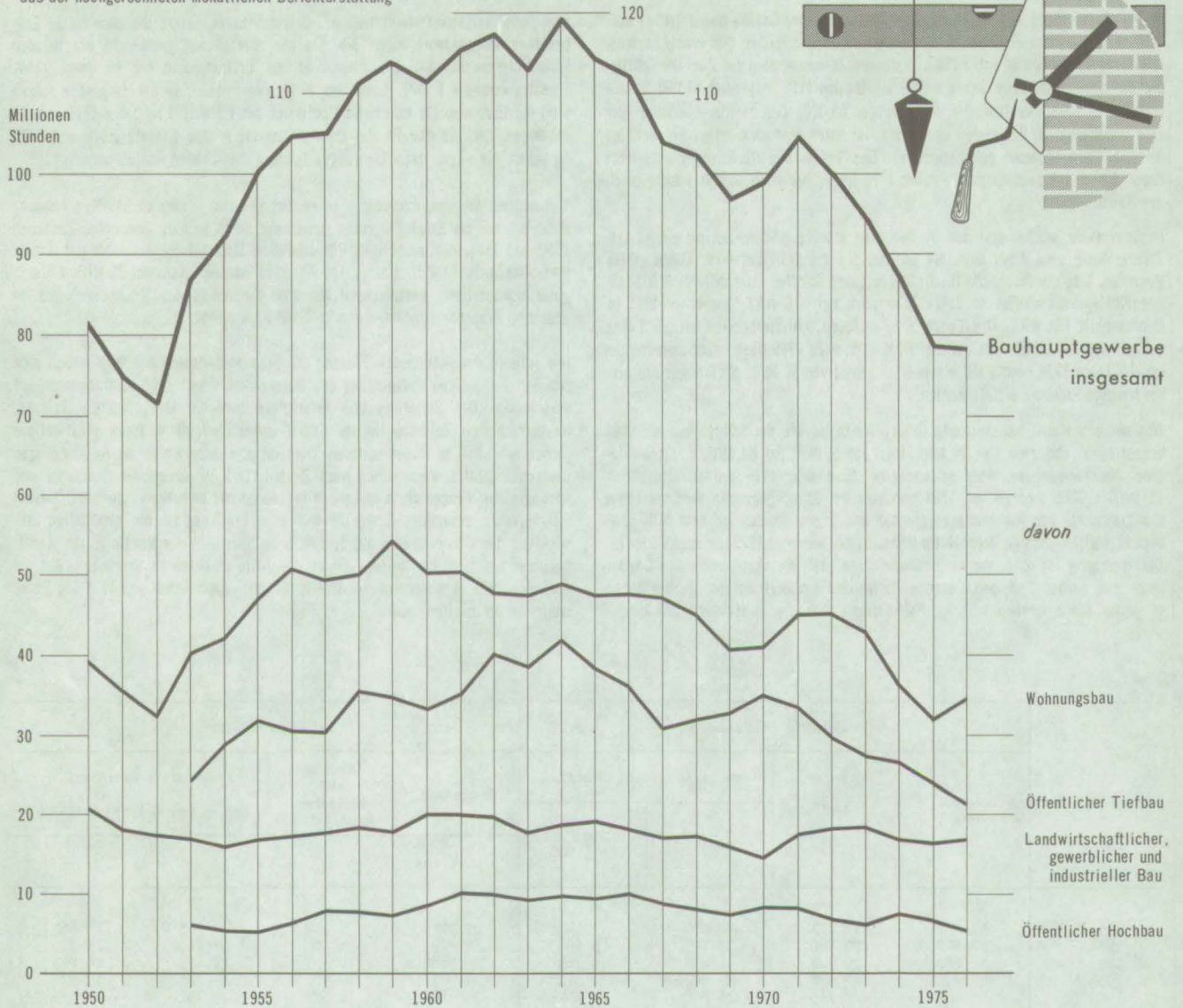
4) bis 1968 einschließlich Umsatzsteuer

5) nach alter Berichtskreisabgrenzung

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte

Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe nach Bauarten

– aus der hochgerechneten monatlichen Berichterstattung –



Zur Methode

Die Bedeutung des Bauhauptgewerbes für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung kommt in einem eigenständigen kurzfristigen Berichtssystem für diesen Bereich zum Ausdruck. Die Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten melden monatlich u. a. ihren Personalbestand, Umsatz, Löhne und Gehälter sowie, nach Auftraggebern und -arten gegliedert, die geleisteten Arbeitsstunden. Außerdem werden einmal jährlich in der Totalerhebung zusätzlich auch die kleineren Betriebe nach diesen Merkmalen befragt. Damit wird zum einen eine Aktualisierung des Monatsberichtsgebietes erreicht, indem neue oder gewachsene Betriebe in die Berichtspflicht genommen oder aber andere aus ihr entlassen werden. Zum anderen ergeben sich aus der Totalerhebung für die einzelnen Merkmalswerte die Relationen zu den Monatsmeldern und damit die Faktoren, mit Hilfe derer beispielsweise der aggregierte Umsatz und die Lohnsumme der monatlich meldenden Betriebe auf die Gesamtsumme des Bauhauptgewerbes hochgerechnet werden können. Ab 1971 werden von den Monatsmeldern auch die Auftragsgänge und -bestände erfragt und im Statistischen Bericht (ohne Hochrechnung) ausgewiesen.

Die in der Tabelle enthaltenen Betriebs- und Beschäftigtenzahlen sind Ergebnisse der jeweiligen Totalerhebungen, die geleisteten Stunden (Grafik) sowie die Löhne und Umsätze sind aus der monatlichen Berichterstattung als Jahreswerte ermittelt worden. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit sind die Zahlen aus der Totalerhebung 1976, bei der erstmalig auch u. a. der Fertigbau und der Gerüstbau zum Bauhauptgewerbe zählten und meldepflichtig waren, noch auf den alten Berichtsgebiet umgerechnet worden. Zum Bauhauptgewerbe gehörten bis Ende 1976 die folgenden Wirtschaftszweige:

Hoch- und Ingenieurhochbau,
Tief- und Ingeniertiefbau,
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau,
Straßenbau,
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau,
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau),
Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung,
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe,
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei,
Zimmerei und Ingenieurholzbau,
Dachdeckerei.

Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal

In der Entwicklung des Schiffsverkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal (NOK) seit 1950 lassen sich zwei Entwicklungsabschnitte unterscheiden. Der eine Abschnitt reicht von 1950 bis zum Jahre 1965. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Schiffe, die den Kanal benutzten, immer weiter an. Wurden 1950 insgesamt 47 000 Schiffe registriert, waren es fünfzehn Jahre später 85 000. Der zweite Abschnitt, der sich unmittelbar an den ersten anschließt, ist durch eine rückläufige Entwicklung der Schiffsdurchfahrten gekennzeichnet. Das Tempo des Rückganges entspricht dabei dem des Aufschwungs. Im Jahre 1975 führen nur noch 60 000 Schiffe durch den Kanal.

Im Seeverkehr wurden seit dem 2. Weltkrieg ständig größere Schiffe eingesetzt. Zwangsläufig sind damit auch die Schiffe, die den NOK befahren, immer größer geworden. Lag die durchschnittliche Größe eines Schiffes (einschließlich Binnen- und Küstenmotorschiffe) im Jahre 1950 noch bei 376 NRT, waren es 1975 im Durchschnitt 722 NRT. Die Tendenz zu größeren Schiffseinheiten hat zur Folge gehabt, daß der Schiffsraum auf dem NOK auch nach 1965 noch leicht angestiegen ist. Im Jahre 1974 konnte mit einem Raumgehalt von 50 Mill. NRT sogar das bisher höchste Ergebnis erzielt werden.

Das auf dem Kanal transportierte Gütervolumen ist wie der Schiffsraum bis 1964 angestiegen, und zwar von 30 Mill. t im Jahre 1950 auf 62 Mill. t. Dann folgt eine Abschwungphase, aber schwächeren Ausmaßes. 1975 wurden schließlich 11 Mill. t Güter weniger als 1964 transportiert. Zurückgegangen sind vor allem die Transporte von Mineralölerzeugnissen und Erzen. Wurden auf dem NOK 1966 noch 12,4 Mill. t flüssige Brennstoffe transportiert, waren es 1975 nur noch 6,8 Mill. t. Der Rückgang ist u. a. darauf zurückzuführen, daß die skandinavischen Länder jetzt zum großen Teil durch eigene Raffinerien versorgt werden. Früher haben in erster Linie westeuropäische Raffinerien, auch die in Hamburg und Heide,

den skandinavischen Markt bedient. Bei den Erzen setzte die rückläufige Entwicklung einige Jahre früher ein. Sie war aber ebenso gravierend wie bei den Mineralölerzeugnissen. Der Höhepunkt der Erztransporte lag im Jahre 1960. Damals wurden 6,8 Mill. t auf dem NOK transportiert. In den folgenden Jahren sind die Erztransporte nahezu kontinuierlich auf 1,3 Mill. t im Jahre 1975 zurückgegangen. Die Ursache für die Entwicklung ist in dem Einsatz größerer Schiffe zu sehen, die wegen ihres Tiefganges den Weg über Skagen wählen müssen.

Während der Massengutverkehr – insgesamt gesehen – eine rückläufige Tendenz aufweist, hat der Stückgutverkehr zunehmend an Bedeutung gewonnen. Zwischen 1950 und 1974, dem bisherigen Rekordjahr im Stückgutverkehr, nahm das Transportvolumen um 13 Mill. t zu (+ 170 %). 1975 wurden insgesamt 16 Mill. t Stückgüter transportiert. Entsprechend hat sich der Anteil des Stückgutverkehrs am gesamten Transportaufkommen von 25 % auf 32 % erhöht.

Die Anteile der wichtigsten Flaggen am Transportvolumen des NOK haben sich mit der rückläufigen Entwicklung des Güterverkehrs seit 1965 z. T. beträchtlich verschoben. Die Bundesrepublik behauptete zunächst ihre führende Stellung, im betrachteten Zeitraum lag ihr Anteil immer über 30 %. Nach 1971 hat sie jedoch erheblich an Boden verloren. Dies ist u. a. eine Folge der Ausflaggungen deutscher Schiffe, vornehmlich nach Zypern. Daß der Anteil der finnischen und norwegischen Flagge zurückgegangen ist, hängt mit dem Vordringen des Ostseefährverkehrs zusammen. Darin ist auch eine Erklärung für die rückläufige Entwicklung des Güterverkehrs auf dem NOK zu sehen. In der Rangfolge der Kanalbenutzer hat sich die Sowjetunion an die dritte Position vorgeschoben. Auf sie entfielen 1975 8 % des Transportvolumens. Mit einem Anteil von 11 % lag Polen weiter an der zweiten Stelle.

Jahr	Schiffe insgesamt				Beförderte Güter			
	Anzahl	NRT in 1 000	darunter deutsche Schiffe ¹⁾		insgesamt	darunter auf deutschen Schiffen 1)	davon in Richtung	
			Anzahl	NRT in 1 000			Ost - West	West - Ost
1 000 t								
1950	47 271	17 771	30 251	4 148	29 907	6 008	16 446	13 461
1951	52 612	20 886	33 825	5 446	32 429	8 338	17 116	15 313
1952	56 267	22 708	36 015	6 569	32 948	10 453	16 225	16 722
1953	54 993	22 498	34 687	6 541	32 897	10 467	17 026	15 871
1954	56 687	25 745	35 208	7 017	39 412	11 673	19 491	19 922
1955	62 911	31 279	38 988	8 805	46 595	14 169	23 062	23 533
1956	62 402	31 601	38 519	9 363	47 069	14 959	23 087	23 982
1957	66 588	33 169	41 610	10 066	47 348	15 375	23 003	24 346
1958	67 738	33 542	44 366	10 169	46 083	15 020	23 216	22 868
1959	73 443	36 137	48 403	10 996	49 974	16 315	25 095	24 880
1960	77 729	41 527	50 481	11 786	57 653	17 975	28 426	29 228
1961	77 244	40 762	49 228	11 623	57 191	17 443	29 549	27 642
1962	80 775	43 428	52 000	11 653	60 667	17 792	31 824	28 842
1963	69 283	38 859	45 048	10 452	54 391	15 992	28 693	25 697
1964	82 792	44 611	53 635	12 638	62 113	19 535	31 728	30 385
1965	85 019	43 391	57 245	13 013	60 047	19 753	30 480	29 566
1966	82 827	43 370	56 880	13 524	59 268	19 914	29 818	29 450
1967	80 330	41 419	55 624	13 797	56 000	20 417	31 037	29 963
1968	80 204	42 276	55 403	14 941	57 268	21 881	33 111	24 156
1969	80 240	42 878	53 855	14 008	56 477	21 232	32 623	23 854
1970	75 241	45 094	50 203	14 524	58 122	22 171	33 698	24 425
1971	73 357	42 664	48 363	13 976	52 921	20 669	30 962	21 959
1972	69 073	43 259	43 041	12 754	53 509	19 520	31 024	22 485
1973	68 147	45 284	40 888	12 597	56 513	19 763	31 979	24 534
1974	68 456	50 464	40 544	11 880	62 522	19 632	35 678	26 843
1975	60 281	43 514	35 578	10 105	51 209	16 159	27 929	23 279

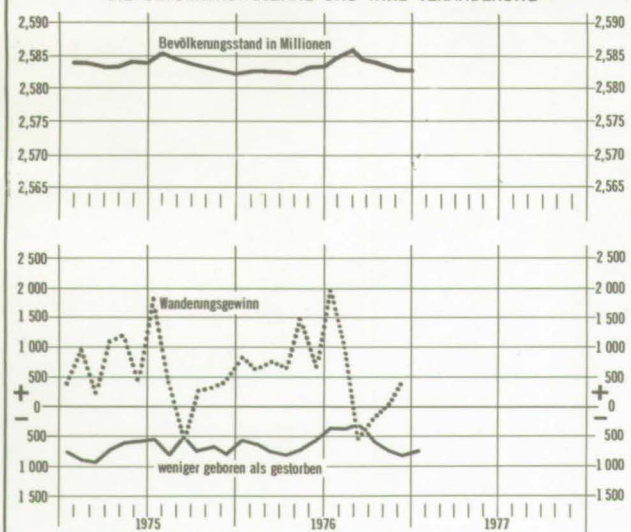
1) ab 1969 ohne DDR, da die Schiffe insgesamt nicht nach Flaggen aufgeschlüsselt vorliegen. Für die Handelsschiffe ist ein getrennter Nachweis ab 1969 möglich. 1969 DDR: 1 624 (2,2 %) Handelsschiffe mit 1 281 Tsd. NRT (3,0 %); 1975: 2 516 (4,6 %) Handelsschiffe mit 1 522 Tsd. NRT (3,6 %)

Quelle: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord

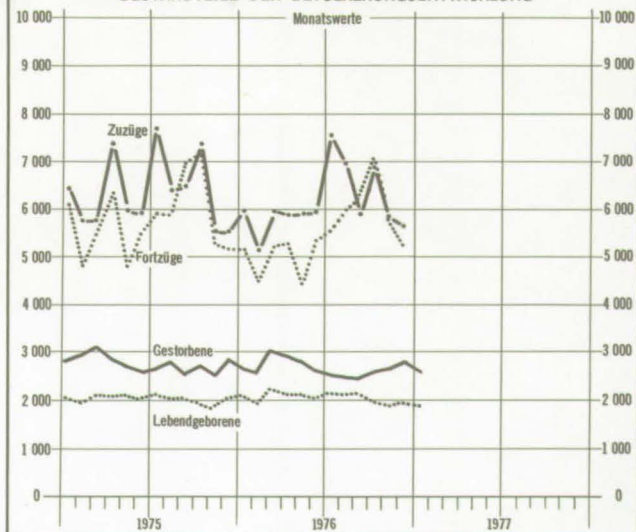
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

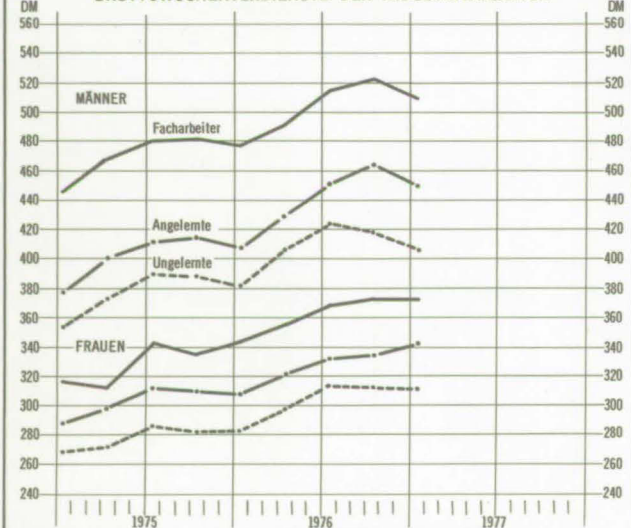
DIE BEVÖLKERUNGSZAHL UND IHRE VERÄNDERUNG



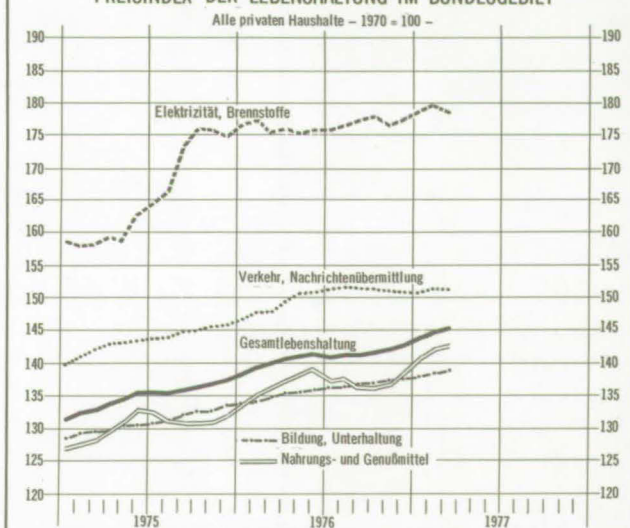
BESTANDTEILE DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



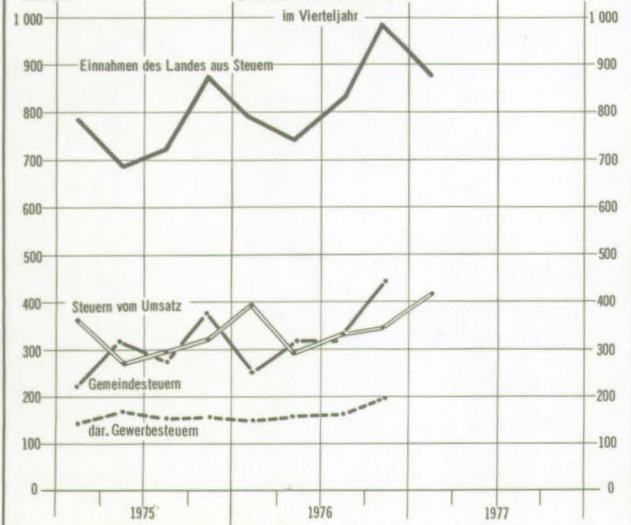
BRUTTOWOCHENVERDIENSTE DER INDUSTRIEARBEITER



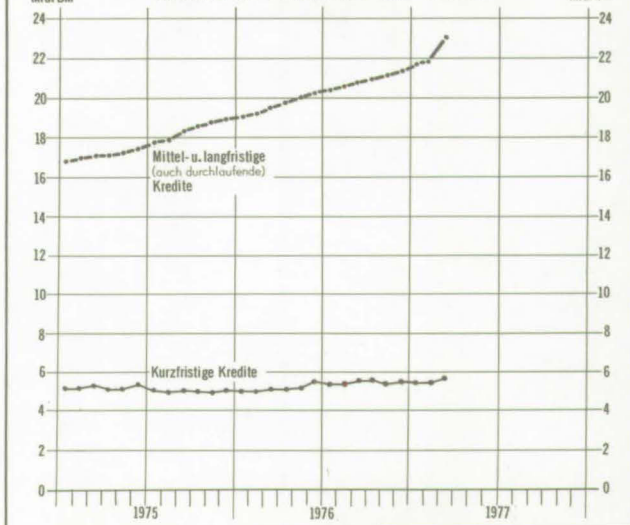
PREISINDEX DER LEBENSHALTUNG IM BUNDESGBEIT

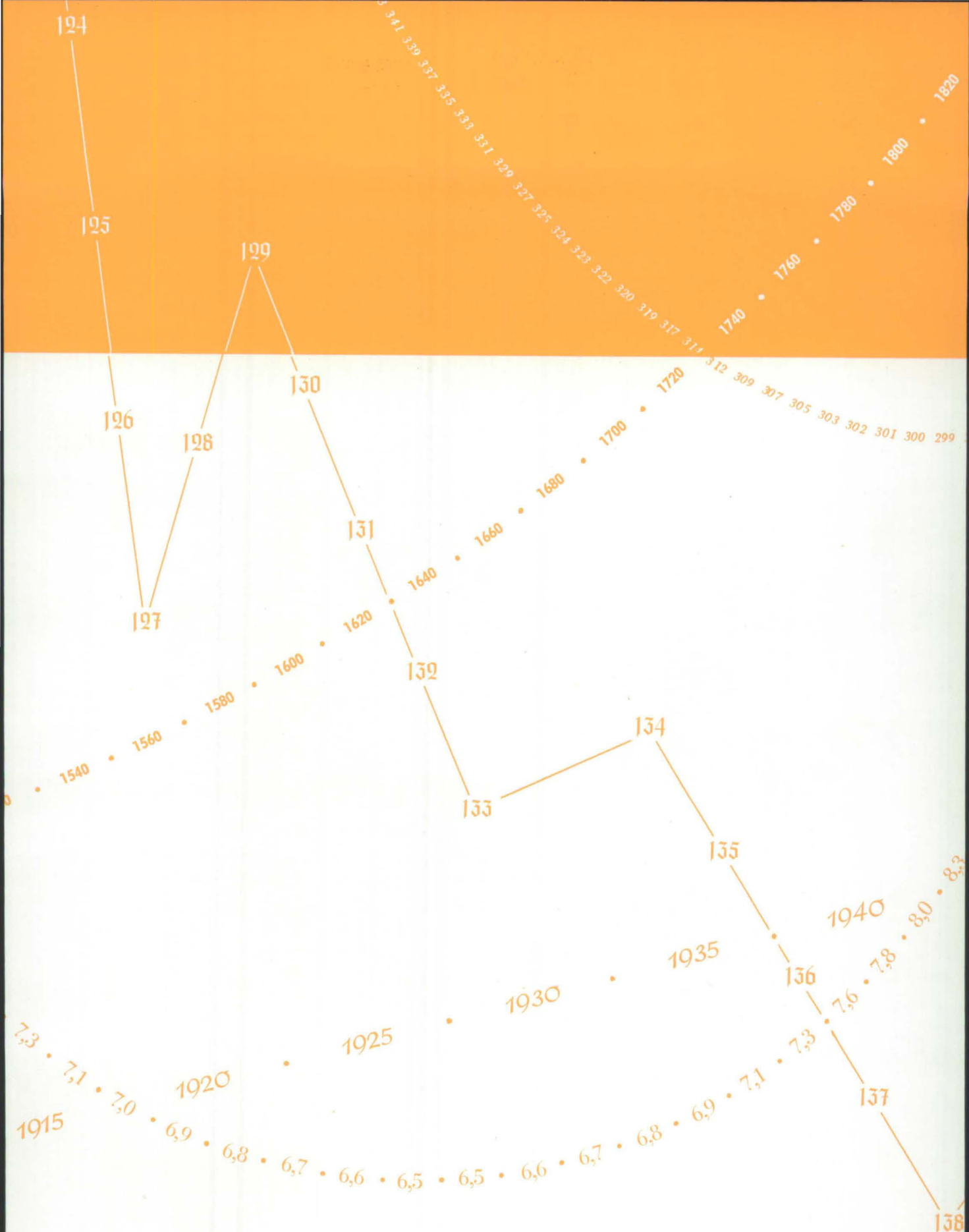


STEUERAUFKOMMEN



KREDITE AN WIRTSCHAFT UND PRIVATE





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41

Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen